



Protokoll Einwohnerrat

9. Sitzung

Montag, 16. Dezember 2019, 18:00 Uhr, Grossratssaal

- Vorsitz: Matthias Keller, Präsident
- Protokollführung: Stefan Berner, Vize-Stadtschreiber
- Anwesend: 44 Mitglieder des Einwohnerrates bei Sitzungsbeginn
Peter Jann ab 19.00 Uhr
Simon Burger ab 19.08 Uhr
Alois Debrunner ab 19.20 Uhr
7 Mitglieder des Stadtrates
Daniel Roth, Stadtschreiber
- Entschuldigt: Susanne Klaus Günthart (Grüne)
Eva Schaffner Wicki (SP)
Max Suter (SVP)

**Traktanden**

	Seite
1. Mitteilungen	287
2. Anfrage Max Suter, Urs Winzenried, Susanne Knörr (SVP); Baumpflege	288
3. Ersatzwahl eines Mitglieds der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission (FGPK) für den Rest der Amtsperiode 2018-2021 (anstelle von Ulrich Fischer), Wahlvorschlag: Fabio Mazzara (Pro Aarau)	291
4. Wahl Präsident/-in Einwohnerrat für die Amtsdauer 2020/2021, Wahlvorschlag: Thomas Richner (SVP)	292
5. Wahl Vizepräsident/-in Einwohnerrat für die Amtsdauer 2020/2021, Wahlvorschlag: Christian Oehler (FDP)	294
6. Wahl von 2 Stimmzähler/-innen für die Amtsdauer 2020/2021, Wahlvorschläge: Thomas Waldmeier (Grüne) und Max Suter (SVP)	295
7. Wahl Präsident/-in Finanz- und Geschäftsprüfungskommission (FGPK) für die Amtsdauer 2020/2021, Wahlvorschlag Rainer Lüscher (FDP)	296
8. Kreditabrechnung Erneuerung KEBA, Realisierung	297
9. Kreditabrechnung Anpassung, Erweiterung Fussball-Trainings-Infrastruktur Brügglifeld	302
10. Kreditabrechnung Abbruch / Neubau Ofen 2 Krematorium Aarau, Projektierung	303
11. Heinerich Wirri-Strasse 3, Immobilien- und Objektstrategie mit Verschiebung von Verwaltungseinheiten; Zusatzkredit	304



Traktandum 1

Mitteilungen

Matthias Keller, Präsident: Ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung, welche eine Stunde früher als üblich angesetzt wurde. Abgemeldet haben sich Susanne Klaus Günthart (Grüne), Eva Schaffner Wicki (SP) und Max Suter (SVP). Alois Debrunner (SP) hat informiert, dass er etwas verspätet ein-treffen wird. Anwesend sind derzeit 43 Mitglieder. Das absolute Mehr beträgt demnach 22.

Ich muss leider den Rücktritt von Salomé Ruckstuhl bekanntgeben und lese folgendes Rücktritts-schreiben vor: "Nach längerer Überlegung und einigen Veränderungen in meinem Alltag habe ich mich schweren Herzens dazu entschieden, mein Amt als Einwohnerrätin abzulegen. Viele span-nende, teilweise auch sehr lange und ausgiebige Diskussionen, lustige sowie schöne Momente durfte ich in den letzten zwei Jahren erfahren. In meinem privaten Umfeld hat sich einiges geän-dert, dass ich, als alleinerziehende Mutter, den "Luxus", sich als Politikerin zu engagieren, zeitlich nicht mehr mit gutem Gewissen und genügend Engagement wahrnehmen kann. Ich möchte mich auf meine Tochter und meine berufliche Zukunft sowie allenfalls weitere Ausbildungen fokussie-ren. Zudem kam die Zeit der Erholung und der sog. "Me-Time" in den letzten Jahren mehr als nur zu kurz. Für die Stadt Aarau wünsche ich mir, dass weitere spannende Projekte realisiert werden können, die Stadt noch attraktiver wird, Menschen, die Hilfe brauchen, geholfen wird und wir al-lenfalls auch nach der Einwohnerzahl eine Kantonshauptstadt der Zukunft werden können. Für die Unterstützung verschiedenster Personen aus dem Einwohner- und Stadtrat, die angeregten Ge-spräche und Kompromisslösungen möchte ich mich von Herzen bedanken."

Liebe Salomé. wir bedanken uns bei dir für deinen Beitrag im Einwohnerrat. Du bist am 1. Januar 2018 dem Einwohnerrat beigetreten.

Wir hören nun unter dem Traktandum Mitteilungen eine Fraktionserklärung der Grünen, welche vorgängig der Sitzung angemeldet wurde.

Petra Ohnsorg Matter, Mitglied: Die Abstimmung um das Torfeld Süd hat die Gemüter erhitzt. Auf der einen Seite freute man sich, endlich ein Stadion zu erhalten, jedoch wünscht sich die an-dere Seite kein Hochhausghetto. Die Grünen machten bei dieser Meinungsbildung keine Aus-nahme. Darum haben wir uns im Vorfeld der Abstimmung mit deutlicher Mehrheit für eine Stimmfreigabe entschieden. Inzwischen konnte auch die Bevölkerung darüber entscheiden. Ein Mitglied der Grünen will nun diesen Entscheid mit Stadion und Hochhäuser juristisch bekämpfen. Darüber haben die Medien kurz nach der Abstimmung berichtet. Unsere Fraktion und der Vorstand der Grünen Aarau möchte deshalb hier und heute mitteilen, dass es sich dabei um eine absolut private Aktion eines Mitgliedes in seiner Rolle als Anwohner handelt. Die Fraktion und Partei der Grünen tragen dieses Vorgehen auf dem Rechtsweg in keiner Art und Weise mit. Wir danken für die Aufmerksamkeit und Kenntnisnahme.



Traktandum 2

Anfrage Max Suter, Urs Winzenried, Susanne Knörr (SVP); Baumpflege

Matthias Keller, Präsident: Am 19. September 2019 haben die Wohnerräte Susanne Knörr, Urs Winzenried und Max Suter für die SVP-Fraktion eine Anfrage betreffend Baumpflege eingereicht.

Die Anfrage kann vom Stadtrat wie folgt schriftlich beantwortet werden:

Frage 1:

Was ist der genaue Grund, weshalb ein Baumpfleger mit so weitem Anfahrtsweg beauftragt wird?

Seit Jahren wird mit verschiedenen Baumpflegefirmen, unter anderem mit 2 – 3 lokalen und kantonalen Firmen und 1 – 2 ausserkantonalen Firmen, je nach Fall und Bedarf, speziell nach Sturm- oder Naturereignissen, zusammengearbeitet. Wertvolle erhaltenswerte ältere Bäume oder Baumbestände werden dadurch nachhaltig gepflegt, die Sicherheit wird gewährleistet und die Bäume können so um Jahrzehnte länger erhalten werden. Speziell nach Sturmereignissen ist es wichtig, dass die angeschlagenen Bäume mit Knowhow und den notwendigen Sicherheitsmassnahmen durch Fachleute behandelt werden.

Die Baumpflege Dietrich GmbH aus Därligen zeichnet sich als eine der fachkundigsten Firmen der Schweiz aus. Sie ist spezialisiert in der Erstellung von Baumpflegekonzepten, Expertisen, Gutachten und Pflege von alten, geschädigten Bäumen. Sie werden auch die DNA der Baumpflegespezialisten genannt, da sie auch irreparable und geschädigte Bäume pflegen und sie wieder ins Gleichgewicht bringen. Die Baumpflege Dietrich GmbH verfügt zudem über ein grosses Fachwissen für Arbeiten am Seil, welche bei speziellen Baumpflegeeingriffen wichtig sind. Nicht jede Baumpflegefirma verfügt über dieses Know-how.

Sie wird auch andernorts für die richtigen Baumpflegemassnahmen beigezogen, zum Beispiel für die einmalige Hainbuchenallee auf Schloss Wartenfels in Lostorf, wenige Kilometer neben Aarau (siehe auch Zeitungsartikel der AZ vom Samstag, 14. September 2019 über die ausserordentliche Baumpflege an der 260-jährigen Hainbuchenallee).

Baumpflegefirmen sind gesamtschweizerisch tätig und helfen sich aus, wenn es grössere Pflegemassnahmen benötigt. So wird auch ein lokaler Baumpfleger bei Bedarf oder personellen Engpässen auf andere, ausserkantonale Fachfirmen mit Baumpflägern zurückgreifen.

Frage 2:

Wird der Anfahrtsweg eines so weit entfernt stationierten Baumpflegers der Stadt in Rechnung gestellt?

Die Firma verrechnet eine Installationspauschale von 190 Franken pro Einsatztag (inkl. An- und Abreise), lokal ansässige Firmen im Schnitt eine Pauschale von 120 Franken. Die Baumpflege Dietrich GmbH aus Därligen bleibt bei mehrtägigen Einsätzen in der Stadt Aarau.



Die Firma verrechnet den tieferen Stundenansatz im Vergleich zu den lokalen Unternehmern. Der Unterschied bewegt sich im Stundenansatz bis zu 10.00 Franken. Die Baumpflege Dietrich GmbH gewährt zusätzlich einen Rabatt.

Frage 3:

Wie häufig fanden solche Hin- und Rückfahrten in den vergangenen Jahren statt?

Die Häufigkeit hängt von den Einflüssen Sturm, Insektenbefall und Trockenheit ab. In den vergangenen 3 Jahren war die Baumpflege Dietrich GmbH im Schnitt zwischen 8 und 28 Mal (ausserordentlich hoch wegen schweren Sturmschäden) im Stadtgebiet tätig. Es erfolgten folgende Einsätze:

- Kurse in "Arbeitssicherheit auf Bäumen"
- Ausbildung für Mitarbeiter Stadtgrün, Baumschnitt
- Sturmschäden beheben
- Bäume von Borkenkäfer und Insektenbefall behandeln
- Baumkontrollen und Analysen
- Baumpflege und Baumschnitt allgemein
- Kronenschutz

Frage 4:

Wie viele verschiedene externe Baumpfleger setzt die Stadt Aarau ein und was ist der ungefähre durchschnittliche Anfahrtsweg?

In der Stadt Aarau kommen verschiedene kantonale und schweizerische Baumpflegefirmer zum Einsatz. Zwei Firmen aus Aarau Rohr, eine aus Frick und fallweise eine oder zwei aus der übrigen Schweiz. Der durchschnittliche Anfahrtsweg bewegt sich bei ca. 8 - 35 km.

Frage 5:

Welcher jährliche Betrag wird für externe Baumpflege aufgewendet?

Im Jahresbudget sind jährlich 115'000 Franken für Baumpflegearbeiten durch Drittfirmer eingestellt. Der Aufwand für die durch die Sektion Werkhof, Stadtgrün, erbrachten internen Baumpflegeleistungen beläuft sich auf rund 80'000 Franken. Sämtlichen Arbeiten zur Entwicklungs- und Erziehungspflege von Jungbäumen, Kronenbegrenzungsschnitte auf kleineren Bäumen sowie der Schnitt aller Obstbäume werden durch die Mitarbeitenden Stadtgrün erledigt. Diese Kosten für die Baumpflege sind in den Jahresbudgets eingestellt.

Frage 6:

Wie lautet die Vergaberichtlinie, beziehungsweise werden solche baumpflegerischen Aufgaben offeriert und nach Offertevaluation vergeben?

Die Aufträge werden im freihändigen Verfahren gemäss Submissionsdekret vergeben. Es werden Rabatte und Skonto ausgehandelt.

Die Ansätze für Baumpfleger richten sich nach den Ansätzen des Gärtnerverbandes Kanton Aargau.



Frage 7:

Können die pflegerischen Aufgaben nicht intern oder durch das Forstamt erledigt werden?

Der Forstbetrieb Region Aarau ist weder fachlich noch personell in der Lage, eigentliche Baum-
pflegearbeiten auszuführen. Der Forstbetrieb wird mit der Pflege der städtischen Waldstücke oder
Gehölze sowie mit der Fällung der städtischen Bäume beauftragt. Die Zusammenarbeit mit dem
Forstbetrieb ist wertvoll und bereichernd. Es erfolgt ein regelmässiger Austausch zwischen der
Sektion Werkhof, Stadtgrün und dem Forstbetrieb Region Aarau.

Die Beantwortung wird zur Kenntnis genommen.

Auch die anlässlich der letzten Einwohnerratssitzung beantwortete Anfrage "Lohnstreit Alters-
heim / Rechtsstreitigkeiten der Stadt Aarau" bezeichnet Nicola Müller (SP) als erledigt.

Offen ist noch folgende Anfrage:

Matthias Keller (EVP); Zusammenarbeit der Stadt Aarau mit den Busbetrieben Aarau

Neu eingegangen sind folgende Anfragen:

- Anja Kaufmann, Andrea Dörig (SP); Subventionsberechtigte familienergänzende Betreuungs-
angebote gemäss KiBeR
- Silvano Ammann, Brigitte Vogt (FDP); Projekt Spitex-Organisation Regio Aarau

Ich danke dem Stadtrat für die baldige Beantwortung dieser Anfragen.



Traktandum 3

Ersatzwahl eines Mitglieds der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission (FGPK) für den Rest der Amtsperiode 2018–2021 (anstelle von Ulrich Fischer)

Matthias Keller, Präsident: Mit Mail vom 30. Oktober 2019 schreibt Ulrich Fischer: "Ende Jahr endet meine Präsidenschaft. Nach sechs Jahren Arbeit in der FGPK nehme ich das zum Anlass, aus der Kommission zurückzutreten und danke für die gute Zusammenarbeit im Interesse unserer Stadt."

Ich bedanke mich bei Ulrich Fischer für seinen Beitrag und das Amt als Präsident der FGPK. Wir hoffen, dass du weiterhin im Rat deine Voten halten wirst.

Esther Belser wird den Wahlvorschlag von Fabio Mazzara erläutern.

Esther Belser Gisi, Mitglied: Ich darf euch Fabio Mazzara kurz vorstellen. Er ist 42 Jahre alt, geboren, aufgewachsen und wohnhaft in Aarau, in den Quartieren Goldern, Altstadt, Damm, Telli und bald auch im Scheibenschachen. Fabio Mazzara ist selbständiger Grafiker und besitzt ein eigenes Grafikbüro in Aarau. Im Nebenamt ist er Berufsschullehrer. Er engagiert sich schon seit Jahrzehnten kulturell in Aarau. Er ist Altpfader. Als solcher hat er die Schwanbar vor 17 Jahren mitgegründet und ist immer noch als Mitorganisator tätig. Er war acht Jahre in der Neujahrskommission vertreten und hat acht Jahre lang die Chrutwaje mitorganisiert. 2018 hat er das Musikfestival "Melodie Aarau" mitorganisiert und vor einem Jahr kam er für Pro Aarau als Nachfolger von Ueli Hertig in den Einwohnerrat. Seit einem Jahr arbeitet er in der Fraktion mit. Wir erleben ihn als sehr konstruktiv und engagiert. Er hat eine sehr angenehme Art, kann sehr gut zuhören und stellt spannende und wichtige Fragen. Er ist in sehr kurzer Zeit für uns ein unentbehrliches und wertvolles Parteimitglied geworden. Wir danken Fabio Mazzara für seine Bereitschaft, in der FGPK mitzuwirken. Wir hoffen, dass er Ihr Vertrauen hat.

Matthias Keller, Präsident: Gibt es weitere Wortmeldungen zu dieser Wahl? Wenn nicht, bitte ich Sie, den Wahlzettel 1 auszufüllen und diesen abzugeben.

Wahlergebnis

Ausgeteilte Wahlzettel	44
Eingegangene Wahlzettel	44
ausser Betracht fallende Wahlzettel	
- ganz leere	1
- ungültige	0
In Betracht fallende Wahlzettel	43
Absolutes Mehr	22

Gewählt ist mit 42 Stimmen Herr Fabio Mazzara



Traktandum 4

Wahl Präsident/-in Einwohnerrat für die Amtsdauer 2020/2021

Matthias Keller, Präsident: Meine Amtsdauer als Präsident des Einwohnerrates geht mit der heutigen Sitzung zu Ende. Als Nachfolger ist Thomas Richner (SVP) vorgeschlagen.

Ich übergebe gerne das Wort zu diesem Wahlvorschlag an die SVP-Fraktion.

Susanna Heuberger, Mitglied: Ich möchte Matthias Keller im Namen von uns allen ganz herzlich gratulieren. Du und deine Frau sind vor rund einem Monat Eltern geworden. Das Timing ist perfekt. Du gibst das Amt als Präsident des Einwohnerrates ab und bekommst dadurch viel Zeit für die schönste Lebensaufgabe, ein kleines Kind beim Aufwachsen und Gedeihen begleiten zu dürfen. Wir wünschen der jungen Familie alles Gute. Es wird nicht immer nur Erfreuliches geben. Bleib gelassen, es kommt alles gut. Als vierfache Mutter rate ich dir, lest nicht zu viel Ratgeberseiten, sondern vertraut auf eure Intuition.

Gerne empfehle ich Thomas Richner zur Wahl als Präsident des Einwohnerrates.

Ich durfte Thomas Richner bereits vor zwei Jahren sehr ausführlich vorstellen, als er für das Amt des Vizepräsidenten kandidierte. Es würde der Bescheidenheit von Thomas nicht entsprechen, wenn ich alles, was ihn auszeichnet, wiederholen würde. Ich möchte deshalb darauf nicht mehr eintreten. Es gibt darüber ein Wortprotokoll, in welchem alles niedergeschrieben ist. Thomas ist eines unserer amtsältesten Ratsmitglieder. Er ist seit 10 Jahren im Einwohnerrat Aarau als sehr aktives Mitglied vertreten, mit Ausnahme der letzten beiden Jahre, in denen er das Amt des Vizepräsidenten ausübte. Thomas Richner ist 55 Jahre alt, in Rohr aufgewachsen und wohnt im Stadtteil Aarau Rohr. Er ist verheiratet und hat zwei Söhne im Alter von 25 und 21 Jahren. Von Beruf ist Thomas Chemieingenieur. Er hat an der ETH Zürich studiert und ist seit 25 Jahren auf verschiedenen Positionen bei einem grossen Zementhersteller tätig. Aktuell ist er bei Holcim Schweiz im Bereich Umwelt und Energie als Umweltkoordinator für Zement-, Kies- und Betonwerke in der Schweiz und im angrenzenden Ausland zuständig. Thomas Richner setzt sich seit Jahren sehr stark für die Gemeinschaft und deren Weiterentwicklung ein. Er liebt es, aktiv mitgestalten und mitbestimmen zu können. Er ist gewohnt, Führungsaufgaben zu übernehmen. Er war langjähriges Mitglied an vorderster Stelle in der Feuerwehr und war Hauptmann im Militär. Als Vorstandsmitglied hat er in verschiedenen Vereinen mitgewirkt und war Präsident der SVP-Ortspartei. Er ist seit 1998 politisch aktiv. Er war seinerzeit in der Ortsbürgerkommission Rohr und in der Finanzkommission vertreten und stand als Revisor der Kreisschule Buchs Rohr im Einsatz. Thomas Richner hat sich in all den Jahren vielseitig und mit starkem Engagement für die Bevölkerung und die Allgemeinheit eingesetzt und mitgeholfen, dort wo es notwendig war. Im Einwohnerrat ist er seit 10 Jahren eine wichtige Stütze unserer Fraktion. Wir kennen ihn als strukturierten und analytischen Sachpolitiker, welcher konsensorientiert und pragmatisch nach Lösungen sucht. Er wird das Engagement als Präsident des Einwohnerrates ab 1. Januar 2020 gerne weiterführen. Wir empfehlen Thomas Richner zur ehrenvollen Wahl.



Matthias Keller, Präsident: Gibt es zu dieser Wahl ein weiteres Votum? Nachdem dies nicht der Fall ist, bitte ich Sie, den Wahlzettel Nr. 2 auszufüllen und abzugeben.

Wahlergebnis

Ausgeteilte Wahlzettel	44
Eingegangene Wahlzettel	44
ausser Betracht fallende Wahlzettel	
- ganz leere	1
- ungültige	0
In Betracht fallende Wahlzettel	43
Absolutes Mehr	22

Gewählt ist mit 43 Stimmen Thomas Richner

Thomas Richner, Vize-Präsident: Ich bedanke mich für die Wahl zum Einwohnerratspräsident. Es freut mich sehr und ich nehme diese Wahl gerne an. Ich werde mich um eine gute Arbeit in den nächsten zwei Jahren bemühen. An der ersten Sitzung werde ich dann bekanntgeben, wie ich mein Amt gestalten möchte.



Traktandum 5

Wahl Vizepräsident/-in Einwohnerrat für die Amtsdauer 2020/2021

Matthias Keller, Präsident: Für das Amt des Vizepräsidenten stellt sich Christian Oehler zur Verfügung. Der Vorschlag wird von der FDP-Fraktion begründet.

Yannick Berner, Mitglied: Christian Oehler ist seit 2013 im Einwohnerrat, als Nachfolger von Reto Leiser, vertreten. Seit 2004 ist er Mitglied der Ortsbürgerfinanzkommission. Von 1998 bis 2004 war er Mitglied und auch Präsident der reformierten Kirchgemeinde. Daneben wirkte er auch in der Baukommission Aarau mit und war als Vorstandsmitglied unserer Partei aktiv. In unserer Fraktion, aber auch im Einwohnerrat, hat er wertvolle Inputs und Ideen bezüglich Immobilien und Strassen gegeben. Seine Anfragen sind bekannt durch seine umsichtigen Gedanken, aber auch durch seine kritischen Beobachtungen. Beruflich ist Christian Oehler als Portfoliomanager für die Immobilien einer Pensionskasse in Zürich tätig. Vorher hat er in der gleichen Tätigkeit bei einer Bahngesellschaft in der öffentlichen Hand und bei einer Versicherung gearbeitet. Privat hat er eine Familie mit zwei erwachsenen Kindern. Im Sommer ist er Stammgast im Schwimmbad. Er fährt leidenschaftlich gerne Ski und wandert sehr gerne. Ebenso kann man ihn als Kunstinteressierten im Aargauischen Kunsthause antreffen. Es freut uns, Ihnen Christian Oehler als wohlverdientes, wertvolles Mitglied im Einwohnerrat für die Wahl zum Vizepräsidenten vorschlagen zu können und wir bedanken uns für Ihre Unterstützung.

Matthias Keller, Präsident: Gibt es weitere Voten aus dem Rat? Nachdem dies nicht der Fall ist, bitte ich Sie, den Wahlzettel Nr. 3 auszufüllen und abzugeben.

Wahlergebnis

Ausgeteilte Wahlzettel	44
Eingegangene Wahlzettel	44
ausser Betracht fallende Wahlzettel	
- ganz leere	3
- ungültige	1
In Betracht fallende Wahlzettel	40
Absolutes Mehr	21

Gewählt ist mit 38 Stimmen Christian Oehler

Christian Oehler, Mitglied: Ich bedanke mich für die Wahl und das in mich gesetzte Vertrauen. Ich verspreche, dass ich meine Arbeit mit Begeisterung ausüben werde. Ich erkläre Annahme der Wahl.



Traktandum 6

Wahl von 2 Stimmenzähler/-innen für die Amtsdauer 2020/2021

Matthias Keller, Präsident: Aktuell befinden sich Leona Klopfenstein und Esther Belser in diesem Amt. Sie werden letztmals in dieser Funktion tätig sein und ich danke den beiden Damen für ihre Arbeit.

Vorgeschlagen sind Thomas Waldmeier (Grüne) und Max Suter (SVP).

Werden diese Wahlvorschläge noch begründet? Da dies nicht der Fall ist, bitte ich Sie, den Wahlzettel Nr. 4 auszufüllen und abzugeben.

Wahlergebnisse

Ausgeteilte Wahlzettel	44
Eingegangene Wahlzettel	44
ausser Betracht fallende Wahlzettel	
- ganz leere	0
- ungültige	0
In Betracht fallende Wahlzettel	44
Absolutes Mehr	23

Gewählt sind:

Thomas Waldmeier mit 44 Stimmen

Max Suter mit 40 Stimmen



Traktandum 7

Wahl Präsident/-in Finanz- und Geschäftsprüfungskommission (FGPK) für die Amtsdauer 2020/2021

Matthias Keller, Präsident: Mit dem Ende der Amtsdauer und dem Abgang von Ulrich Fischer ist ein neuer Präsident dieser wichtigen Kommission zu wählen. Vorgeschlagen ist Rainer Lüscher (FDP). Wird dazu eine Begründung abgegeben?

Yannick Berner, Mitglied: Rainer Lüscher, von Seon und Aarau, ist seit 2008 im Einwohnerrat vertreten und folgte auf Doris Mayer. Nebst seiner aktiven Vereinstätigkeit hat Rainer Lüscher in der Politik bereits viele Ämter innegehabt. Nebst dem Einwohnerrat ist er seit beinahe sechs Jahren Mitglied der FGPK, war Mitglied verschiedenster Baudelegationen, fünf Jahre lang FDP-Ortsparteipräsident und wirkt auf nationaler Ebene als eidgenössischer Delegierter der FDP Aargau mit. Zudem wirkte er als Revisor der Kreisschule Buchs Rohr und Revisor des Abwasserverbandes Aarau und Umgebung. Die Liste könnte noch um Einiges weitergeführt werden. Politisch hat Rainer Lüscher unter anderem die Motion Eaglepower eingereicht, welche erfolgreich überwiesen und umgesetzt wurde. Auch dank ihm haben wir daher in unserer Stadt Strom aus reiner Aarauer Wasserkraft für alle stadt-eigenen Bauten und für die öffentliche Beleuchtung. Beruflich ist Rainer Lüscher Sanitärtechniker TS und arbeitet seit 2011 bei der Firma ISS Facility-Services AG in Zürich, bei welcher er als Projektleiter angestellt ist und für diverse Kunden gebäudetechnische Projekte leitet. Es freut uns, Ihnen Rainer Lüscher, als langjähriges und wertvolles Mitglied im Einwohnerrat, für die Wahl zum Präsidenten der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission vorzuschlagen zu können und bedanken uns für Ihre Unterstützung.

Matthias Keller, Präsident: Gibt es ein Votum zu diesem Wahlvorschlag? Nachdem dies nicht der Fall ist, bitte sich Sie, den Wahlzettel Nr. 5 auszufüllen und abzugeben.

Wahlergebnis

Ausgeteilte Wahlzettel	44
Eingegangene Wahlzettel	44
ausser Betracht fallende Wahlzettel	
- ganz leere	1
- ungültige	0
In Betracht fallende Wahlzettel	43
Absolutes Mehr	22

Gewählt ist mit 43 Stimmen Rainer Lüscher

Rainer Lüscher, Mitglied: Vielen Dank für das grosse Vertrauen. Es ist für mich eine grosse Ehre und ich freue mich sehr, dieses Amt zu übernehmen. Ich nehme diese Aufgabe ernst und nehme die Wahl gerne an.

Matthias Keller, Präsident: Jetzt gibt es eine kurze Pause von einer Minute für ein Foto mit dem neuen Präsidenten, dem neuen Vizepräsidenten und mir als abtretendem Amtsinhaber.



Traktandum 8
GV 2018 - 2021 / 110

Kreditabrechnung Erneuerung KEBA, Realisierung

Matthias Keller, Präsident: Mit Datum vom 28. Oktober 2019 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat die Kreditabrechnung "KEBA, Erneuerung, Realisierung". Sie schliesst bei einem verfügbaren Bruttokredit von Fr. 21'628'396.00 mit Bruttoanlagekosten von Fr. 22'599'298.06 ab. Es resultiert eine Kreditüberschreitung von Fr. 970'902.06, das sind 4.49 %.

Die Kreditabrechnung lag der FGPK an der Sitzung vom 3. Dezember 2019 zur Prüfung vor. Das Kommissionsreferat zu diesem Geschäft hält Andrea Dörig.

Andrea Dörig, Mitglied: Anlässlich der Sitzung der FGPK vom 3. Dezember 2019 wurde über die Kreditabrechnung KEBA beraten. Als Auskunftspersonen standen Stadtpräsident Hanspeter Hilfiker und der externe Projektleiter, Walter Tschudin, von der Firma Tschudin + Urech AG, Brugg, zur Verfügung. Auf eine Ausführung der Zahlen und Begründungen verzichte ich, denn die Kreditabrechnung liegt öffentlich im Internet auf. Die Auskunftspersonen haben erläutert, dass die Erneuerung der KEBA mehrere Jahre in Anspruch genommen hat. Der Kredit soll nun abgerechnet werden, weil bald erste ordentliche Unterhaltmassnahmen anstehen und eine Abschreibung der Investition erst nach der Abrechnung des Kredites möglich ist. Im Rahmen der Prüfung der Abrechnung stellte die Kommission fest, dass die einzelnen Rechnungen der Lieferanten und Unternehmen nicht ersichtlich waren. Die Stadt hatte seinerzeit den Auftrag an einen Totalunternehmer vergeben. Die vorhandenen Belege betreffen nur die Leistungen ausserhalb dieses TU-Vertrages. Seitens der Kommission wünscht man sich aber auch eine Kontrolle dieser Rechnungen. Es besteht ein ungutes Gefühl, wenn die Rechnungen nicht zur Verfügung stehen. Die Auskunftspersonen entgegneten, dass bei einem TU-Vertrag, also einem Werkvertrag, die zu erbringenden Leistungen definiert werden und ein fixer Preis vereinbart wird. Dem Totalunternehmer ist es hingegen freigestellt, wie er die Leistungen erbringt. In der Auftragsvergabe des TU besteht daher keine Einsichtspflicht. Die Stadt hat lediglich zu prüfen, ob die Leistungen gemäss den definierten Anforderungen erfüllt wurden. Auch der Bauleiter prüfte nie eine Unternehmerleistung direkt. Es wurden nur die Zahlungsgänge und Leistungen des TU kontrolliert, was einem üblichen Vorgehen entspricht. Aus der Mitte der Kommission wird festgestellt, dass in den Abrechnungen Bussen enthalten sind. Bussen betreffen in der Regel Personen und können grundsätzlich nicht durch Dritte übernommen werden. Zahlungen von Bussen über den KEBA-Kredit wird als juristisch problematisch beurteilt, weil man sich in solchen Fällen der Begünstigung schuldig macht. Die Auskunftspersonen erläutern, dass es sich um Strafsentscheide aus der Gemeinde Suhr, im Zusammenhang mit der Inbetriebnahme der Lüftungsanlage ohne Baubewilligung, handelt. Gebüst wurde die Einwohnergemeinde Aarau und KEBA Region Aarau AG und nicht einzelne Personen. Die entsprechenden Belege wurden den Kommissionsmitgliedern per Mail nach der Sitzung zugestellt. Die Kommission wünschte auch nähere Informationen zu den erheblichen Anwalts honoraren. Die Auskunftspersonen halten fest, dass die eigentliche Bauphase ohne anwaltliche Unterstützung abgewickelt werden konnte. Die Anwaltskosten fielen erst mit den Rechtsverfahren bezüglich Lärm und Lüftung nach Bauabschluss an. Die Auskunftspersonen erläutern, dass der Grundfehler darin bestand, dass der Betreiber nicht von Anfang an mit einbezogen worden war. Der Projektstart war aus diesem Grund unbefriedigend und es mussten nachträglich gewisse Punkte bereinigt



werden. Die verschiedenen Zusatzkredite waren die Folge einer ungenauen Ausschreibung des TU-Auftrages. Auch die Probleme im Zusammenhang mit den Betriebszeiten sind auf mangelnde Koordination und Vernetzung zurückzuführen. Die Kommission möchte wissen, wie man die Zusammenarbeit mit dem Totalunternehmer Piora beurteilt und ob es noch offene Mängel / Garantieleistungen gibt, welche von Piora behoben werden müssen. Die Auskunftspersonen bestätigen, dass die Zusammenarbeit mit Piora - trotz verschiedener Wechsel in der Projektleitung - gut war. Der Totalunternehmer hat bereits verschiedene Mängel selbst auf eigene Kosten behoben. Es sind aber noch weitere Mängel vorhanden, die von Piora auch noch beseitigt werden müssen (Bodenbelag). Für Mängel besteht branchenüblich eine fünfjährige Garantiefrist. Ausstehend ist auch noch die Minergie Zertifizierung. Nach den ersten Betriebsjahren musste die Haustechnikanlage für die Zertifizierung nachjustiert werden. Für die Minergie Zertifizierung ist ein Monitoring von zwei Betriebsjahren notwendig. Gegenwärtig befindet man sich im ersten Betriebsjahr. Die Auskunftspersonen führen abschliessend aus, dass die Ausarbeitung eines TU-Vertrages anspruchsvoll ist, weil in der Regel noch keine Planungsunterlagen vorhanden sind. Zudem beträgt die Kreditüberschreitung im vorliegenden Fall - wenn man die Verfahrenskosten abzieht - nur noch rund 1 Prozent. Eine Mehrheit der Kommissionsmitglieder erachtet die Abrechnung grundsätzlich als in Ordnung. Die Beschlussfassung erfolgt nach Erhalt der Bussenbelege auf dem Zirkularweg. Die Kommission fasst mit 6 Ja-Stimmen gegen 3 Nein-Stimmen (bei einer fehlenden Rückmeldung) folgenden Zirkularbeschluss: Dem Einwohnerrat wird beantragt, die Kreditabrechnung "Erneuerung KEBA, Realisierung" zu genehmigen.

Daniel Ballmer, Mitglied: Ich danke Andrea Dörig für die umfangreiche Zusammenfassung. Ich würde gerne zu dieser Kreditabrechnung einen Rückweisungsantrag stellen und diesen begründen. Ich stelle den Rückweisungsantrag mit der Auflage, dass der Stadtrat die Totalunternehmerin, Piora Swiss AG, ersuchen soll, der FGPK freiwillig die Einsichtnahme in die Rechnungsbelege der Zulieferbetriebe zu gewähren. Aus meiner Sicht kann die Kreditabrechnung erst als geprüft angesehen werden, wenn die FGPK auch in die betreffenden Rechnungen Einsicht nehmen konnte. Die Stadt Aarau hat für dieses Projekt einen Werkvertrag mit einem Totalunternehmer abgeschlossen. Das heisst, dass beinahe sämtliche Belege - insgesamt ca. 90 % der Projektkosten - nur vom Totalunternehmer geprüft wurden und weder der Stadtverwaltung noch der FGPK je vorlagen. Die Auskunftspersonen haben uns gegenüber versichert, dass dieses Vorgehen rechtlich in Ordnung ist. Ich will diese Aussage als juristischer Laie auch gar nicht anfechten. Es mag durchaus rechtens sein, soviel von unserer Sorgfaltspflicht abzutreten, aber es ist aus meiner Sicht auch ziemlich fahrlässig. Die Stadt hat den Auftrag, sorgfältig mit ihrem Geld umzugehen und nachzuprüfen, wie das Geld eingesetzt wird. Diese Verantwortung wurde in diesem Fall nicht wirklich wahrgenommen. Im Gegenteil, wir haben unsere Kontrollfunktion an eine Firma aus der kontrollierten Branche abgegeben, welche wirtschaftlich eng mit den Rechnungsstellerinnen verbandelt ist. Diese Strategie ist problematisch und das nicht erst seit dem Auffliegen des Bündner Baukartells. Ich kann die Kreditabrechnung nicht mit gutem Gewissen als geprüft bezeichnen. Bei einem solch grossen Projekt lohnt sich ein genaues Hinsehen. Ich weiss nicht, ob uns Piora AG diese Gelegenheit zugesteht, aber es wäre sicher ein Versuch wert. Darum bitte ich Sie, meinem Rückweisungsantrag zuzustimmen und danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Matthias Keller, Präsident: Somit steht der Rückweisungsantrag im Raum. Dieser steht zur Diskussion. Möchte jemand direkt darauf Bezug nehmen?



Hans Peter Hilfiker, Stadtpräsident: Es trifft zu, dass wir, auch mit dem Wissen des Einwohnerrats, einen Totalunternehmervertrag abgeschlossen haben. Bei einem solchen Vertrag wird eine Leistung vereinbart und man kann somit nicht nach 5 bis 10 Jahren verlangen, in die Details des Vertrages Einsicht zu erhalten. Ein solches Verlangen würde das Image der Stadt sicher negativ belasten. In diesem Sinne bitte ich, diese Rückweisung nicht zu unterstützen und die Kreditabrechnung abzusegnen.

Matthias Keller, Präsident: Gibt es noch weitere Voten aus dem Rat zur Rückweisung?

Christian Oehler, Mitglied: Obwohl es zwar nicht üblich ist, zeigt die Praxis, dass man bei einem Totalunternehmer bei gewissen Zweifeln in die Rechnungen Einsicht nehmen kann. Eine solches Begehren ist nichts Aussergewöhnliches. Ich war selbst auch schon bei einem Projekt mit Totalunternehmervertrag involviert, welches offen abgerechnet wurde. Man hat sich aber geeinigt, in die Belege Einsicht nehmen zu dürfen. Ich habe persönlich keine Mühe, wenn dies im vorliegenden Fall auch gefordert wird.

Hans Peter Hilfiker, Stadtpräsident: Der Stadtrat hat keinen Vorbehalt gegen diese Abrechnung. Die Leistungen gemäss Vertrag wurden erbracht. Die Problematik der ganzen KEBA-Geschichte besteht darin, dass wir bei der Definition der Leistungen zu wenig vorsichtig vorgegangen sind. Es wäre falsch zu argumentieren, dass die vereinbarten Leistungen nicht erbracht worden seien. Der Stadtrat hat aus dieser Situation seine Lehren gezogen und wir haben beispielsweise im Zusammenhang mit dem Stadion einen sehr viel detaillierteren Projektbeschrieb ausgearbeitet. Den einzelnen Details wurde grosse Beachtung geschenkt.

Susanna Heuberger, Mitglied: Ich stelle einen Ordnungsantrag um Unterbrechung der Sitzung von 5 Minuten, so dass die Möglichkeit besteht, über den Rückweisungsantrag – welcher sehr kurzfristig kommt – debattieren zu können.

Matthias Keller, Präsident: Wir stimmen über den Ordnungsantrag ab.

Beschluss

Mehrheitlich wird dem Ordnungsantrag um eine fünfminütige Pause zugestimmt.

Simon Burger, Mitglied: Der Rückweisungsantrag wird von der SVP unterstützt. Von Beginn weg bestanden bei diesem Geschäft Ungereimtheiten. Es kam auch zu erheblichen Mehrkosten. Zudem bestand das ganze Debakel mit den Öffnungszeiten und der Lüftung. Wir sind daher der Meinung, dass es durchaus angebracht ist, genauer hin zu sehen. Wir kennen das Wesen des TU-Vertrages nicht genau, vertreten aber die Meinung, dass es unsere Pflicht als Einwohnerräte ist, zu versuchen, in die Belege Einblick nehmen zu können. Wenn die Einsicht nicht gewährt würde, sind wir schlimmsten Falls auf dem gleichen Informationsstand. Ich denke aber, dass uns diese Einsichtnahme gewährt wird. Darum bitte ich Sie, den Rückweisungsantrag zu unterstützen. Ich gehe davon aus, dass die Grünen dann unseren Antrag bei der Heinerich Wirri-Strasse ebenfalls unterstützen.



Lukas Häusermann, Mitglied: Ich habe Verständnis für den Wunsch nach Einsichtnahme. Ein solches Verfahren gibt es. Das ist nichts Neues. Üblicherweise wird eine solche Vorgehensweise jedoch zu Beginn vereinbart. Jetzt sollte man aber nicht mehr in die Vergangenheit sehen und das Geschäft sollte politisch nicht ausgeschlachtet werden. Es wäre besser, an den Stadtrat, die Stadtverwaltung und das Stadtbauamt zu appellieren, die Arbeitsvergabe genauer zu überdenken, gerade bei Bauprojekten, welche mehrere Millionen Franken kosten. Ein solches Signal zu senden wäre sinnvoller, als jetzt einen Rückweisungsantrag zu überweisen, der vermutlich juristisch keine Chance haben dürfte. Wir sind auf Goodwill von Priora AG angewiesen. Aus meiner Sicht wüsste ich jedoch nicht, weshalb man einer Einsichtnahme zustimmen sollte, wenn die Gegenpartei im Nachhinein die Spielregeln ändern möchte. Das hätte man sich vorher überlegen müssen.

Nicola Müller, Mitglied: Ich kann nachvollziehen, dass man gerne Einsicht in die Belege hätte. Das System ist jedoch anders. Der Fehler passierte damals, als der TU beauftragt wurde. Dieses Vorgehen wurde seinerzeit vom Einwohnerrat abgesegnet. Ich erinnere daran, dass die KEBA-Geschichte bereits intensiv aufgearbeitet wurde. Man gab damals ein teures Gutachten in Auftrag. Im Anschluss hätte es zu einer Diskussion im Rat kommen sollen. Die Einzigen, die sich dazu äuserten waren Hanspeter Hilfiker und ich. Ich sehe daher nicht ein, weshalb man jetzt wieder eine künstliche Schlaufe machen möchte. Ich finde, das Thema müsste nun abgeschlossen werden.

Stefan Zubler: Die FDP-Fraktion steht dem Rückweisungsantrag gespalten gegenüber. Es gibt einige Personen, die relativ grosse Zweifel am Ablauf des ganzen Projektes hegen. Wir müssen aber anerkennen, dass der Vertrag in der vorliegenden Form ausgearbeitet wurde. Es mag sein, dass man in der Praxis eine Klausel im TU-Vertrag einbaut, welche das Recht umfasst, in alle Rechnungen Einsicht nehmen zu können. Beim vorliegenden Vertrag ist dies nicht der Fall. Ich finde, jetzt hier ein Exempel zu statuieren, ist ein falsches Zeichen. Wir hoffen, dass die Verwaltung und der Stadtrat bei zukünftigen Projekten der Vorgehensweise mehr Gewichtung beimisst und alles korrekt aufgleist. Die FDP-Fraktion wird beim Rückweisungsantrag teilweise dafür und dagegen stimmen.

Hans Peter Hilfiker, Stadtpräsident: Wir haben den TU-Vertrag in der vorliegenden Form vereinbart und dem Einwohnerrat vorgelegt. Wir haben die entsprechende Klausel für die Einsichtnahme jedoch nicht vereinbart. Durch die verlangte Einsicht in die Akten werden wir aber auch die von Simon Burger angesprochenen Probleme nicht lösen können, nämlich die Öffnungszeiten oder die Lüftungsbussen. Wir haben aus diesen Vorfällen unsere Lehren gezogen. Wir haben verschiedene Massnahmen getroffen. Ich habe dazu die neue Stadion-Definition erwähnt. Ich bitte Sie aus diesen Gründen, die Rückweisung nicht zu unterstützen.

Matthias Keller, Präsident: Somit sind wir bezüglich der Rückweisung am Ende der Diskussion.

Abstimmung über Rückweisung

Der Einwohnerrat fasst mit 18 Ja-Stimmen gegen 27 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen folgenden

Beschluss

Die Rückweisung der Kreditabrechnung wird abgelehnt.



Wir gelangen zur inhaltlichen Genehmigung der Kreditabrechnung. Wünsch dazu jemand das Wort? Dies ist nicht der Fall.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 39 Ja-Stimmen gegen 5 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen folgenden

Beschluss

Die Kreditabrechnung "Erneuerung KEBA, Realisierung" wird genehmigt.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.



Traktandum 9
GV 2018 - 2021 / 110

Kreditabrechnung Anpassung, Erweiterung Fussball-Trainings-Infrastruktur Brügglifeld

Matthias Keller, Präsident: Mit Datum vom 28. Oktober 2019 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat die Kreditabrechnung "Anpassung, Erweiterung Fussball-Trainings-Infrastruktur Brügglifeld". Sie schliesst bei einem verfügbaren Bruttokredit von Fr. 3'265'214.40 mit Bruttoanlagekosten von Fr. 3'347'677.95 ab. Es resultiert eine Kreditüberschreitung von Fr. 82'463.55, das sind 2.53 %.

Die Kreditabrechnung lag der FGPK an der Sitzung vom 3. Dezember 2019 zur Prüfung vor. Sie empfiehlt einstimmig die Annahme der Kreditabrechnung und verzichtet auf ein Kommissionsreferat.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 47 Ja-Stimmen einstimmig folgenden

Beschluss

Die Kreditabrechnung "Anpassung, Erweiterung Fussball-Trainings-Infrastruktur Brügglifeld" wird genehmigt.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.



Traktandum 10
GV 2018 - 2021 / 111

Kreditabrechnung Abbruch / Neubau Ofen 2 Krematorium Aarau, Projektierung

Matthias Keller, Präsident: Mit Datum vom 28. Oktober 2019 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat die Kreditabrechnung "Abbruch / Neubau Ofen 2; Projektierung". Sie schliesst bei einem verfügbaren Bruttokredit von Fr. 450'000.00 mit Bruttoanlagekosten von Fr. 471'246.60 ab. Es resultiert eine Kreditüberschreitung von Fr. 21'246.60, das sind 4.72 %.

Die Kreditabrechnung lag der FGPK an der Sitzung vom 3. Dezember 2019 zur Prüfung vor. Sie empfiehlt einstimmig die Annahme der Kreditabrechnung und verzichtet auf ein Kommissionsreferat.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 47 Ja-Stimmen einstimmig folgenden

Beschluss

Die Kreditabrechnung "Abbruch / Neubau Ofen 2, Projektierung" wird genehmigt.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.



Traktandum 11
GV 2018 - 2021 / 115

Heinerich Wirri-Strasse 3, Immobilien- und Objektstrategie mit Verschiebung von Verwaltungseinheiten; Zusatzkredit

Matthias Keller, Präsident: Mit Botschaft vom 25. November 2019 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat folgenden

Antrag

Der Einwohnerrat genehmigt den Zusatzkredit in der Höhe von brutto 2'505'000 Franken zur Vollendung der Sanierung, der Mehrmieterfähigkeit, des Grundausbaus sowie des Nutzerausbaus der Liegenschaft Heinerich Wirri-Strasse 3.

Die FGPK hat dieses Geschäft an ihrer Sitzung vom 3. Dezember 2019 besprochen und empfiehlt den Antrag des Stadtrates mehrheitlich zur Annahme. Kommissionssprecher ist Ulrich Fischer.

Zu diesem Geschäft liegt jedoch noch ein Rückweisungsantrag vor. Wir werden aber zuerst das Referat der FGPK hören und anschliessend auf den Rückweisungsantrag eingehen.

Ulrich Fischer, Mitglied: Grundsätzlich stellt der Präsident der FGPK lediglich die Rechnung und das Budget vor oder Jahrhundertprojekte, wie das Stadion. Die Kommission hatte jedoch den Wunsch, dass ich dieses Referat noch als abtretender Präsident als letzte Amtshandlung übernehme. Wir danken für die Möglichkeit der Besichtigung der Heinerich Wirri-Strasse 3. Sie wurde von einem Kommissionsmitglied angeregt. Wir haben über dieses Geschäft am 3. Dezember 2019 beraten. Neben Hanspeter Thür waren auch kompetente Liegenschaftsexperten dabei. Daniel Müller, als Leiter der Abteilung Liegenschaften und Betriebe, und Marco Palmieri, als Portfoliomanager. Sie erinnern sich, dass wir am 17. Juni 2019 über dieses Geschäft bereits einmal abgestimmt haben. Dort wurde der beantragte Zusatzkredit von 2'700'000 Franken so abgeändert, dass lediglich ein Zusatzkredit in der Höhe von 800'000 Franken zur Sanierung von Heizung und Lüftung bewilligt wurde. Der Stadtrat wurde beauftragt, bis November 2019 eine Immobilien- und Objektstrategie, insbesondere mit Prüfung als Verwaltungsstandort, vorzulegen. Das war eine bemerkenswerte Sitzung des Einwohnerrates mit zwei Pausen, indem es gelang, eine konstruktive Lösung für das umstrittene Geschäft zu finden. Dieser Abänderungsantrag wurde einstimmig angenommen. In der Kommission wurde der Begriff "desaströses Projekt" benutzt. Für mich bedeutet es jedoch, dass der Einwohnerrat aktiv ist. 2015 hat die Stadt die Liegenschaft für 8 Mio. Franken gekauft, eine strategisch sinnvolle Entscheidung. Wahrscheinlich bestand die Idee darin, einen Ankermieter mit nationaler Ausstrahlung und guter Rendite zu finden und damit den Kauf im Einwohnerrat mehrheitsfähig zu machen. Die entsprechenden Risiken, namentlich mögliche Baumängel oder Vermietbarkeitsprobleme, wurden nicht kommuniziert. Der Ankermieter wurde nicht gefunden. Seit dem Auszug von Gastro social im 2. Quartal 2016 bestehen Leerstände mit befristeter Zwischennutzung. Der angekündigte Umzug der Verwaltung wurde nicht vollzogen und 2017 wurde der Beschluss gefasst, die Mehrmieterfähigkeit anzustreben, wobei sich der Markt für Geschäftsflächen negativ entwickelte. Es entstand der Eindruck, dass die Strategie des Stadtrates in



gewisser Weise der Entwicklung auf dem Immobilienmarkt verspätet folgt. So wurde im Einwohnerrat die verwaltungsinterne Nutzung gefordert. Die Kommission wünschte eine bessere Darstellung der genauen Kosten. Die Auflistungen in den Botschaften vom 29. April und 25. November 2019 sollten zusammengeführt werden. Das ist mit dem Protokoll erfolgt. Die klare Darstellung der aktuellen Belegung in der Botschaft – mit IZAB, Stadtarchiv, Gönhort – sowie dem Aufzeigen der verschiedenen Nutzungsvarianten, wird als sehr positiv erachtet. Die Abteilung Soziale Dienste verursachen heute externe Mietkosten von 269'000 Franken. Bei einem Verlegen dieses Standortes in die Heinerich Wirri-Strasse 3 wären die hohen Investitionskosten bezüglich des Sicherheitsstandards problematisch. Im Zukunftsraum ist dafür ein anderer Standort vorgesehen. Bei der Abteilung Sicherheit / Stadtpolizei resultieren geringere externe Mietkosten mit 135'000 Franken. Hier wären aber wiederum hohe Investitionen notwendig. Zudem wird die Kantonspolizei im Jahr 2027 in einen Neubau ins Telliquartier ziehen. Dadurch stünde für die Stadtpolizei das Amtshaus im Zentrum zur Verfügung. Dort sind kaum Anpassungen erforderlich, da dieses bereits durch die Polizei genutzt wird. Bei der Abteilung Steuern bestehen heute 106'000 Franken externe Jahresmietkosten. Hier würden normale Mieterausbaukosten anfallen. Es würde sich dabei auch um den definitiven Standort im Zukunftsraum handeln. Die externen Mieterkosten belaufen sich bei der Sektion Zivilstandsamt/Bestattungsamt auf 57'000 Franken. Dieses Gebäude wird als weniger interessant gewertet, da es sich um keine repräsentative Liegenschaft handelt. Ein Wechsel der Kreisschule Aarau Buchs wäre einnahmenneutral. In der jetzt genutzten Liegenschaft im Hammer könnten wieder Wohnungen eingerichtet werden. In der Kommission wurde kontrovers diskutiert und hinterfragt, wofür der Einwohnerrat zuständig ist und was in die operative Entscheidung der Verwaltung gehört. Es wurden die verschiedenen Varianten diskutiert unter den Aspekten Einsparung externer Mietkosten, zusätzliche Kosten der Anpassung der Liegenschaft, Beständigkeit der Verschiebung von Verwaltungsstandorten und der Kompatibilität mit dem Projekt Zukunftsraum. Erste Abstimmungen stehen ja bereits im Sommer 2020 an. Aus der Sicht der Kommission wäre es notwendig, multiple Variablen zu berücksichtigen, was aber die Entscheidung schwierig macht, welche Faktoren priorisiert werden sollten. Eine Mehrheit der Kommission kann deshalb die vorgeschlagene Verschiebung des Steueramtes und die Vermietung an das Sekretariat der Kreisschule Aarau Buchs nachvollziehen. Eine Minderheit der Kommission sieht die Einsparung externer Mietkosten bei einer Verschiebung der Abteilung Soziale Dienste als relevant und bevorzugt diese Variante und/oder möchte bezüglich Zukunftsraum zuwarten. Hier gibt es erwartungsgemäss Zusatzanträge. Auf Nachfrage wurde noch von Seiten der Verwaltung erwähnt, dass die Mietverträge mehrheitlich bis 2022 laufen. Die Verschiebung soll aber so bald als möglich erfolgen. Es bestünden Chancen für eine Nachvermietung aufgrund der sehr bahnhofsnahe Lage. Für die Mehrheit der Kommission war klar, dass der Stadtrat den Auftrag hat, das Gebäude als Verwaltungsstandort zu nutzen und diese Forderung wurde erfüllt. Deshalb beantragt die Kommission dem Einwohnerrat mit 7 Ja-Stimmen gegen 3 Nein-Stimmen, den Zusatzkredit zu genehmigen.

Matthias Keller, Präsident: Wie erwähnt, unterbreitet die SVP zu diesem Geschäft folgenden

Rückweisungsantrag

Es seien die für Juni 2020 in den 5 Gemeinden des Projektes Zukunftsraum geplanten Abstimmungen abzuwarten, bevor der Variantenentscheid bezüglich Verschiebung von Verwaltungseinheiten in die Liegenschaft Heinerich Wirri-Strasse 3 gefällt wird. Das vorliegende Sachgeschäft sei in diesem Sinne an den Stadtrat zurückzuweisen.



Wird der Rückweisungsantrag begründet?

Urs Winzenried, Mitglied: Beim politischen Entscheid über den Kauf der Liegenschaft Heinerich Wirri-Strasse 3 für 7.9 Mio. Franken durch die Stadt Aarau herrschte nicht gerade Euphorie, aber sehr grosse Zuversicht, dass damit eine grosse Chance genutzt werden kann. Argumente, wie ein grosses Entwicklungspotenzial, eine strategisch hervorragende Lage, eine Nutzung durch Institutionen von nationaler Ausstrahlung oder Unternehmungen mit besonderer Wirtschaftskraft, haben massgeblich zu diesem positiven Entscheid beigetragen. Nach dem Kauf der Liegenschaft im Jahr 2015 und dem Auszug der Gastro social ist aber Ernüchterung eingetreten. Die erhofften Einzelmietler für diese Liegenschaft sind ausgeblieben und die Umsiedlung von Verwaltungseinheiten wurde ebenfalls nicht realisiert. Teilweise aus Kostengründen, aber auch, weil die Verwaltung offensichtlich Widerstand leistete. Damit begann eine Leidensgeschichte dieser Liegenschaft. Sie wurde zu einem "Ladenhüter" von Aarau. Es gab auch Stimmen, die den sofortigen Verkauf dieser Liegenschaft forderten. Soweit ist es nicht gekommen. In der Zwischenzeit befinden sich immerhin 3 Mieter mit dem Stadtarchiv, Gönhort und der Abteilung Informatik in diesem Gebäude. Aktuell stehen aber immer noch zwei Geschosse leer, was ca. 50 % dieser Liegenschaft ausmacht. Wie Ulrich Fischer bereits erwähnte, erlebten wir im Juni 2019 eine sehr interessante und spannende Einwohnerratsdebatte mit Unterbrüchen. Am Schluss hat man sich zu einem Kompromissbeschluss durchgerungen und einen Kredit von 800'000 Franken für die dringendsten Sanierungen von Heizung und Lüftung gesprochen. Die Kreditsprechung wurde mit der Auflage verbunden, zu prüfen, welche Verwaltungseinheiten dort einziehen könnten. Heute behandeln wir genau diese Frage mit der vom Stadtrat in der Zwischenzeit erarbeiteten Botschaft. Ich danke dem Stadtrat herzlich für diese Vorlage. Der Auftrag des Einwohnerrats wurde insofern erfüllt, dass in Bezug auf die Immobilienstrategie der Wechsel des Teils "vermischte Verwaltungsgebäude" in "selbstgenutzte Verwaltungsgebäude" vorgenommen wurde. Dazu wurden die drei bekannten Belegungsvarianten vorgestellt. Ich verzichte darauf, die drei Varianten noch einmal aufzuzeigen, denn es geht nicht primär um diese Varianten, sondern um die Rückweisung des Geschäfts an sich. In der Botschaft liest man sehr häufig vom Zukunftsraum. Offenbar ist der Zukunftsraum wichtig für dieses Geschäft, dies wird vor allem in der Ziffer 3 der Botschaft erwähnt. Wir wissen, dass die Realisierung des Zukunftsraums absolut ungewiss ist. Es gibt nicht nur finanzielle Aspekte, die mit einem Steuerfuss von 97 % positiv ausfallen, sondern es spielen auch ganz andere Faktoren in diesen Partnergemeinden eine ganz wichtige Rolle. Fragen der Identifikation und der Eigenständigkeit dieser Gemeinden, ein Geben und ein Nehmen, sind noch offen. In allen Partnergemeinden spürt und hört man nicht nur positive Stimmen, sondern es gibt auch viele skeptische bis ablehnende Haltungen. Dieser Berg ist also noch nicht erklommen, oder in der Bergsteigersprache ausgedrückt: Diese Seilschaft ist absolut nicht gesichert. Vor diesem Hintergrund hat die FGPK am 3. Dezember 2019 einen Vorschlag von bürgerlicher Seite, mit diesem Entscheid zuzuwarten, bis im nächsten Sommer in diesen fünf Gemeinden wegweisende Entscheid getroffen werden, leider abgelehnt. Es wurde keine Mehrheit gefunden. Deshalb sieht sich die SVP veranlasst, einen formalen Rückweisungsantrag zu stellen. Die SVP beantragt dem Einwohnerrat, die vorliegende stadträtliche Botschaft mit dem Zusatzkredit von 2'505'000 Franken und den Variantenentscheid, der damit verbunden ist, zurückzuweisen und die Resultate der Abstimmungen vom Juni des nächsten Jahres in den fünf am Zukunftsraum beteiligten Gemeinden abzuwarten. Wir vertreten in der SVP dezidiert die Meinung, dass der Zeitpunkt dieses Zusatzkredites mit dem Variantenentscheid gemäss der jetzigen Botschaft verfrüht ist. Ohne gewichtige Nachteile kann man noch ein halbes Jahr zuwarten. Die Botschaft nimmt sehr häufig Bezug auf den Zukunftsraum Aarau. Offenbar in der Annahme, dass der Zukunftsraum Aarau rasch und umfassend realisiert werden kann. Es wird



dabei ausgeblendet, dass die Situation in den Gemeinden nicht ganz klar ist und der Ausgang der Abstimmungen völlig offen ist. Ich verweise auf eine Information des Stadtpräsidenten vom 17. Juni 2019 an den Einwohnerrat zum Zukunftsraum. Im Protokoll kann nachgelesen werden, dass das Jahr 2020 zu einem entscheidenden Jahr wird. Auf dieser Aussage basiert unser Rückweisungsantrag. Es stellt sich die Frage, ob der Zukunftsraum wirklich Tatsache wird und wenn ja, in welcher Form, wann, welches ist das Ausmass, welches sind die Partnergemeinden. Das sind alles offene Fragen. Im nächsten Juni werden die Ergebnisse der vertieften Fusionsanalyse vorliegen und diese werden in den Gemeinden zur Abstimmung gelangen und dann steht fest, wie es mit dem Zukunftsraum weitergeht. Bei einer Zustimmung zu den Analysen steht fest, dass der Zukunftsraum Tatsache wird. Dann besteht genügend Zeit für die Planung gemäss Vorgabe in der heutigen Botschaft. Die Mietverträge laufen ja noch bis Ende April 2022. Vom Sommer 2020 bis April 2022 verbleiben noch rund 20 Monate, in denen die Verwaltung Zeit hat, das Geschäft aufzugleisen. Für die SVP-Fraktion ist in diesem Zusammenhang erstaunlich, dass offensichtlich bereits ganz zentrale Vorentscheide gefällt wurden. Namentlich die Standorte der Verwaltungseinheiten. Bevor die Grundsatzentscheide über den Zukunftsraum gefällt wurden, werden die Verwaltungseinheiten bereits zugeteilt. Dieses Vorgehen erinnert an den Spruch: Das Fell des Bären verteilen, bevor er erlegt wurde. Es ist durchaus möglich, dass dieser Zukunftsraum keine Mehrheit findet und er abgelehnt wird, oder eine Teiblehnung oder der Rückzug von Partnern erfolgt. Dann sieht die ganze Angelegenheit ganz anders aus, wenn weniger Partner mitmachen. Es wird eine Neubeurteilung nötig, je nach Ausgang der Abstimmungen im nächsten Sommer. Wir haben erfahren, dass die Repol Suhret bestehen bleibt. Es bleibt nun die kritische Frage, ob denn diese nicht zum Zukunftsraum gehört. Auch dort sind noch Fragen offen, die unseres Erachtens ein Zuwarten durchaus sinnvoll machen. Wir von der SVP teilen die Befürchtungen des Stadtrates nicht, dass ein Zuwarten ein negatives Zeichen ausstrahlt und vermutet wird, dass man den Zukunftsraum gar nicht wolle. Das ist nicht der Fall. Auch die SVP ist nicht generell gegen den Zukunftsraum. Aber wir wissen nicht, wie dieser aussehen soll. Es gibt aber auch in einzelnen anderen Parteien Stimmen für und gegen dieses Projekt. Wir legen Wert darauf, dass das Gebäude an der Heinerich Wirri-Strasse 3 möglichst vollständig belegt wird und dies zum richtigen Zeitpunkt. Wir ersuchen den Einwohnerrat, aus Vernunftsgründen dem Antrag zuzustimmen. Mit dem Hin- und Zögern um ein halbes Jahr wird nichts vergeben. Es resultieren mit dem Zuwarten keine gewichtigen Nachteile, aber es bringt eine ganze Reihe grosser Vorteile, da im nächsten Sommer eine klare Marschrichtung vorliegt. Aus diesem Grund rufen wir alle Mitglieder des Einwohnerrates - unabhängig der Parteizugehörigkeit auf - den Rückweisungsantrag zu unterstützen.

Martina Niggli: Wir von den Grünen sehen eine gewisse Berechtigung für den Rückweisungsantrag der SVP. Die Dauer der Mietverträge ist sicher ein zu berücksichtigender Aspekt. Die Mietverträge dauern mindestens bis zum 30. April 2022. Der Umbau des Gebäudes und auch der Umzug der betroffenen Abteilungen sind aber sicherlich nicht innerhalb weniger Wochen umsetzbar. Daher wird es vermutlich eine Überschneidung der Mietverhältnisse geben, doch die Dauer der Überschneidung relativiert sich in unseren Augen. Zudem kann auch ein Nachmieter gesucht werden und die Chancen, einen Nachmieter an dieser Lage zu finden, sind intakt. Seit Freitag ist bekannt, welche Abteilungen in Aarau bleiben werden, wenn der Zukunftsraum Wirklichkeit wird. Gemäss der vom Stadtrat gewählten Variante 3 würden das Steueramt und die Geschäftsstelle der Kreisschule Aarau Buchs an die Heinerich Wirri-Strasse 3 verlegt und die beiden Abteilungen würden auch in Aarau bleiben. Die Variante 3 macht für uns auch aus weiteren Gesichtspunkten Sinn. Einerseits sind die Kosten deutlich am tiefsten und der Ausbau fällt am wenigstens spezifisch aus,



als wenn die Stadtpolizei einziehen würde. Zudem hat die Kreisschule im Hammer bereits zu wenig Platz und müsste bei einer Verzögerung des Umzugs gegebenenfalls zusätzliche Büros zumieten, was zu weiteren Mehrkosten führen würde. Zudem könnte man die Räumlichkeiten im Hammer als Wohnungen vermieten, wenn die Kreisschule ausziehen würde. Gemäss unserer Ansicht lohnt sich die Umsetzung dieser Variante 3, denn auch mit einem Mieterausbau verbauen wir uns keine weitergehende Nutzung für anderweitige Abteilungen. Wir lehnen deshalb den Rückweisungsantrag ab und genehmigen den Zusatzkredit. Unsere Zustimmung könnten wir ev. bei einem anderen Rückweisungsantrag geben.

Christian Oehler, Mitglied: Der Einbezug mit oder ohne Zukunftsraum ist irrelevant. Wir haben eine teuer erworbene Liegenschaft mit einem teilweisen Leerstand. Wir finden es daher sinnvoll, wenn Abteilungen der Stadt in den eigenen Liegenschaften untergebracht werden. Darüber, ob dies sinnvoll ist, herrscht in unserer Fraktion keine Einigkeit. Die Frage lautete, ob dieser Zeitdruck notwendig ist, oder ob man noch etwas zuwarten möchte. Andererseits muss festgehalten werden, dass die Planungsarbeiten und die Ausführungsarbeiten ausgeschrieben werden müssen. Zu jeder Ausschreibung der öffentlichen Hand kann Einsprache erhoben werden. Ob dadurch alles so problemlos vor sich geht, bezweifle ich. Ich denke, der Rückweisungsantrag ist zwar gut gemeint, ob damit aber so viel Zeit gewonnen wird, oder ob sich alles nur in die Länge zieht, ist fraglich. Die Mietverträge laufen zweifellos auch einmal ab und dann wäre es vorteilhaft, wenn gewisse Arbeiten schon vorbereitet sind.

Thomas Grüter, Mitglied: Wir lehnen den Rückweisungsantrag grossmehrheitlich ab, weil wir den Vorschlag des Stadtrates unterstützen und für uns somit ein Rückweisungsantrag keinen Sinn ergibt. Im Frühjahr waren wir uns alle einig, dass das Gebäude an der Heinerich Wirri-Strasse 3 seit langer Zeit leer steht und nun eine Strategie notwendig ist. Jetzt, da eine solche vorliegt, ergibt es keinen Sinn, diese aufzuschieben. Zudem werden wir auch den zweiten Antrag der SVP ablehnen, weil uns ein deutlich teurerer Ausbau für die Sozialen Dienste aktuell wenig sinnvoll erscheint, wenn dort in naher Zukunft wieder Verschiebungen vorgesehen sind.

Susanna Heuberger, Mitglied: Aus der Botschaft und auch aus den Voten ist das Verprechen zu spüren, dass für das Postgebäude mit relativ wenig Aufwand Nachmieter gesucht werden können, wenn die Verwaltungseinheiten in die Heinerich Wirri-Strasse 3 verschoben werden. Ich möchte darauf hinweisen, dass die gleichen Versprechen abgegeben wurden, als das Gebäude an der Heinerich Wirri-Strasse gekauft wurde. Diese Versprechen haben sich nicht bewahrheitet. Deshalb erachten wir einen nachhaltigen Entscheid als zwingend. Damit meinen wir nicht, dass der Leerstand in der Heinerich Wirri-Strasse anhalten soll. Der vorliegende Entscheid ist unserer Meinung nach aber nicht nachhaltig. Wir sind der Meinung, dass die Abstimmung im Juni abgewartet werden muss. Es handelt sich dabei um eine sehr wichtige Entscheidung. Es ist kein definitiver Entscheid, aber auf der Homepage der Gemeinde Suhr zum Dossier des Zukunftsraums ist vermerkt, dass im Juni mit den Abstimmungen an den Gemeindeversammlungen der beteiligten Gemeinden sehr wichtige Vorentscheide fallen. Es geht darum zu entscheiden, die Fusionsverträge auszuarbeiten oder sich zurückzuziehen und ob ev. nur mit weniger Gemeinden weitere Verhandlungen geführt werden. Wenn wir heute die Strategie des Stadtrates unterstützen, geben wir damit einen wichtigen Entscheid aus der Hand. Ich mache beliebt, zuzuwarten. Wir vergeben damit nichts. Das Gebäude ist – auch wenn es weitere Ausbauten benötigt – in weniger als zwei Jahren bezugsbereit. Ich erinnere daran, IZAB ist relativ kurzfristig an die Heinerich Wirri-Strasse 3 verlegt worden.



Innerhalb der SVP stört uns ein weiterer Punkt. Im vom Stadtrat unterbreiteten Konzept ist die Verlegung der Kreisschule Aarau Buchs in das Gebäude Heinerich Wirri-Strasse 3 ein grosses Thema. Es ist noch nicht viel Zeit vergangen, seit die AZ sehr prominent berichtete mit dem Titel "Neue Büros plötzlich nicht mehr nötig - überraschende Meinungsänderung". Wir sind der Ansicht, dieser Entscheid gilt immer noch. Der Kreisschulrat war der Meinung, dass eine solche Lösung zu teuer ausfallen würde. Es existiert ein Brief von Schulleiter Remi Bürgi, der bestätigt, dass die Schulleitung mit den Räumlichkeiten im Hammer nach wie vor zufrieden ist und man dort noch mindestens zwei bis drei Jahre bleiben könnte. Gemäss Botschaft soll nun doch die Kreisschule in der Heinerich Wirri-Strasse 3 einquartiert werden. Ich möchte jetzt gerne vom Stadtrat - im Rahmen dieser Beratung über den Rückweisungsantrag - eine Antwort darauf, was für die Kreisschule geplant ist. Gibt es einen Entscheid der Kreisschule für einen Umzug an die Heinerich Wirri-Strasse 3? Hat sich der Stadtrat über diesen Entscheid hinweggesetzt? Hat der Stadtrat Entscheide, welche in der Kreisschule noch fallen werden, vorweggenommen?

Hans Peter Thür, Stadtrat: Ich bitte Sie, den Rückweisungsantrag abzulehnen. Es wurde die Frage gestellt, ob wir ein halbes Jahr zuwarten sollen und was wir genau mit einer Aufschiebung gewinnen. Im Juni des nächsten Jahres wird der Entscheid der Zukunftsraumgemeinden lediglich aussagen, ob das Projekt weiterverfolgt werden soll, eine Zusage jedoch steht damit noch nicht fest. Wenn wir das vorliegende Geschäft nun verschieben und dieses vom Zukunftsraum abhängig machen wollen, dann haben wir den falschen Zeitpunkt gewählt. Man müsste es nämlich auf das übernächste Jahr verschieben, wenn feststeht, ob die Fusionsverträge angenommen oder abgelehnt worden sind. Das wäre ungefähr im Verlauf des Jahres 2021. Gemäss unserem Vorschlag machen wir das vorliegende Geschäft nicht vom Zukunftsraum abhängig. Wir fragen uns lediglich, welches die sinnvollste Nutzung dieser Liegenschaft ist, wenn der Zukunftsraum Wirklichkeit wird. Unabhängig davon, ob dieser Tatsache wird oder nicht. Wir sind der Meinung, unser Vorschlag ist in beiden Fällen sinnvoll und richtig. Einerseits, weil das Steueramt in Aarau bleibt. Es wird aber auch ohne Zukunftsraum in Aarau bleiben. Wenn der Zukunftsraum nicht realisiert wird, bleibt auch die Kreisschule in Aarau. Wenn wir die Kreisschule in die Heinerich Wirri-Strasse umquartieren, ist die Liegenschaft - auch ohne Zukunftsraum - praktisch ausgemietet. Im 2. Stock gibt es noch eine Fläche in der Grössenordnung von 140 m², die noch freibleibt. Dies bei einer Etagenfläche von 430 m², also eine absolut geringfügige Fläche. Wenn wir das ganze Geschäft auf das nächste Jahr verschieben, gewinnen wir gar nichts. Wir machen es nicht vom Zukunftsraum abhängig, sondern wollen es lediglich zukunftsraumkompatibel ausführen, je nachdem, welche Entscheide in den nächsten zwei Jahren fallen. Im Weiteren besteht ein anderes Problem. Es wurde erwähnt, dass die Verträge ungefähr im April 2022 auslaufen werden. Das bedeutet, dass wir spätestens im Oktober 2020 die Kündigungen veranlassen müssen. Wir wissen frühestens im Juni 2020 wie die Zukunftsraumgemeinden abgestimmt haben. Wir werden also die Kündigung bei einem Zuwarten gemäss SVP-Antrag gar nicht mehr rechtzeitig vornehmen können, denn der Einwohnerrat muss vorgängig noch darüber beraten. Ein weiterer Punkt darf nicht vergessen werden. Ab dem Beginn des Umbaus verstreichen rund 10 bis 12 Monate bis zur Fertigstellung. Darin sind die Befürchtungen von Christian Oehler nicht berücksichtigt, dass unter Umständen Beschwerden gegen die Vergaben eingereicht werden. Ich glaube, es ist heute der richtige Zeitpunkt, um die Liegenschaft nutzbar zu machen. Es wurde eine Frage zur Kreisschule Aarau-Buchs von Susanne Heuberger gestellt. Die Kreisschule braucht Raum. Wenn sie im Hammer verbleibt, werden wir den zusätzlich benötigten Raum als Kreisschulgemeinde Aarau-Buchs anderweitig bereit-



stellen müssen. Das ist Tatsache. Die Kreisschule wehrte sich nicht grundsätzlich gegen einen Umzug in die Heinerich Wirri-Strasse 3, lediglich der verlangte Mietzins war ihr zu hoch. Einem Umzug zum gleichen Mietpreis wurde jedoch zugestimmt und dieser Entscheid liegt vor.

Matthias Keller, Präsident: Nachdem keine Wortmeldungen mehr zum Rückweisungsantrag vorliegen, kommen wir zur

Abstimmung über den Rückweisungsantrag

Beschluss

Der Rückweisungsantrag wird mit 14 Ja-Stimmen gegen 32 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt.

Wir gelangen nun zur inhaltlichen Diskussion inkl. folgendem

Änderungsantrag der SVP

Der Zusatzkredit von 2'505'000 Franken sei um 700'000 Franken auf 3'205'000 Franken zu erhöhen und die Belegungsvariante 1 umzusetzen.

Urs Winzenried, Mitglied: Nachdem der Rückweisungsantrag leider abgelehnt wurde, sprechen wir nun über die drei Varianten. Wir bedauern den Entscheid, akzeptieren und respektieren diesen aber selbstverständlich. Es geht nun um den Zusatzkredit und um die Belegung der Liegenschaft mit Verwaltungseinheiten. Der Stadtrat schlägt in seiner Botschaft vor, die Variante 3, namentlich Steueramt und Geschäftsstelle der Kreisschule Aarau-Buchs in der Heinerich Wirri-Strasse 3 einzuquartieren, zu wählen. Dafür wird ein Zusatzkredit von 2'505'000 benötigt. Die SVP-Fraktion erachtet die Variante 3 nicht als optimal und stellt deshalb den Antrag, Variante 1 zu verwirklichen. Variante 1 erfordert einen Zusatzkredit von 3,205 Mio. Franken, also 700'000 Franken mehr als in der Variante 3 vorgesehen ist. Wir begründen dies wie folgt: Die Variante 1 sieht vor, die Abteilung Soziale Dienste in die Heinerich Wirri-Strasse 3 zu verlegen. Mit dieser Variante könnte auf einen Schlag der gesamte Raum belegt werden. Wir haben zwar erfahren, dass der verbleibende Restraum bei der Variante 3 noch erheblich gross sei. Es ist aber ein Restraum, welcher doch im Hinblick auf den Zukunftsraum vorgesehen ist. Mit der Variante 1 würde die ganze Fläche belegt. Wir sind auch der Meinung, dass es organisatorisch vorteilhaft ist, wenn eine einzige Abteilung einquartiert wird und nicht mehrere Abteilungen. Das wäre mit den Sozialen Diensten der Fall. Tatsächlich ist es so, dass die Variante 1 zusätzliche Kosten von 700'000 Franken und einen Kredit von 3'205'000 Franken erfordert. Aber man darf nicht vergessen, dass andererseits Mietzinsersparungen erfolgen, die auch ins Gewicht fallen. Mit der Variante 1 werden Einsparungen von rund 269'000 Franken und mit der Variante 3 lediglich 161'000 Franken generiert. Wenn man diesbezüglich eine Verrechnung vornimmt, können Kostenfaktoren errechnet werden und das ergibt ein anderes Bild. Der Kostenfaktor der Variante 1 ergibt einen Wert von 11.9 und der Rechnungsfaktor bei der Variante 3 liegt bei 15.5. Die Variante 1 wäre demnach günstiger, wenn man



die Zusatzkredite plus Mietzinseinsparungen miteinander verrechnet. Also keine teurere Lösung, als diejenige, welcher der Stadtrat mit der Variante 3 vorschlägt. Sollte der Zukunftsraum nicht Wirklichkeit werden, dann fällt auch der Standort Suhr für die Sozialen Dienste weg. Die Sozialen Dienste wären aber bei der Variante 1 schon in der Heinerich Wirri-Strasse 3 einlogiert, was grundsätzlich auch der Stadtrat als gut erachtet, wenn nicht der Zukunftsraum eine andere Variante vorsehen würde. Dann müsste nichts mehr geändert werden und die Sozialen Dienste verbleiben ganz einfach im Heinerich Wirri-Strasse-Gebäude. Wenn der Zukunftsraum nur teilweise umgesetzt wird, müssten sowieso alle Standorte überdacht werden. Ob dann immer noch feststeht, dass die Sozialen Dienste in Suhr untergebracht werden und nicht in Aarau bleiben, ist noch offen. Wenn der Fall eintritt, dass alle Gemeinden dem Zukunftsraum zustimmen, dann ist vorgesehen, dass die Sozialen Dienste nach Suhr gezügelt werden. Wir sind der Meinung, dass der erneute Umzug - welcher vermutlich erst in einigen Jahren erfolgen wird - dann zumutbar ist. Ich erinnere an viele Fälle, in denen Polizeistationen vermehrt ihre Standorte wechseln mussten und dies nie zu Problemen führte. Sicher ist ein Umzug mit Umtrieben verbunden, sie wären aber durchaus zumutbar. Sicherheitsstandards braucht es auch in Suhr. Diese werden auch in Suhr relativ hohe Kosten verursachen. Wir sind der Meinung, wenn heute schon entschieden werden muss, welche der drei Varianten umgesetzt werden soll, dass dann die Variante 1 mit einer vollständigen Belegung dieser Liegenschaft priorisiert werden soll. Dies wäre finanziell interessant und attraktiv und auch die kompletteste dieser Lösungen. Deshalb beantragen wir dem Einwohnerrat, im Sinne von Variante 1, den Zusatzkredit von 2'505'000 Franken um 700'000 Franken auf 3'205'000 Franken zu erhöhen und die Variante 1 umzusetzen.

Christian Oehler, Mitglied: Bei diesem Traktandum würde ich ganz gerne anderswo beginnen. Es hat mich überrascht, dass in der Botschaft zwei Themen total vermischt werden. Einerseits geht es um eine Immobilienstrategie. Daraus resultieren im Anschluss die Grundsätze für eine Objektstrategie. Wir haben am 17. Juni 2019 hier beschlossen, dass die Immobilienstrategie erarbeitet werden muss, von welcher dann die Objektstrategie abgeleitet wird. Ich kann auf vier Punkte verweisen, die nicht vorgenommen wurden. Einerseits die Grundsätze und die Hauptprozesse einer Portfolioplanung über den Lebenszyklus einer Immobilie. Der 2. Punkt betrifft die Mietzinspolitik und als 3. Punkt die Investitionsplanung von 10 und 15 Jahren und zwar auf Stufe Portfolio. Und als 4. Punkt stellt sich die Frage - wenn in der Objektstrategie halten oder halten/sanieren verfolgt wird - wie werden wir uns in Bezug auf den Markt, Technik (Bauliches) und Finanzen verhalten. Der Botschaft wurde die Immobilienstrategie beigelegt. Als Datum ist der 15. Mai 2017 vermerkt. Ich finde es sehr bedauerlich, wenn man sich über einen vom Einwohnerrat gefassten Beschluss einfach hinwegsetzt. Die Variante 3 für den Umbau der Heinerich Wirri-Strasse 3 ist nicht so schlecht. Wir erachten es grundsätzlich als eine gute Idee, wenn man Verwaltungseinheiten in eigenen Liegenschaften unterbringt oder dorthin verschiebt, wie das Steueramt und die Kreisschule. Auch der Gedanke, dass die Polizei einmal in das Amtshaus zügeln könnte, kann gut nachvollzogen werden. Aufgrund der Sicherheit sehen wir aber eine Umplatzierung der Sozialen Dienste in die Heinerich Wirri-Strasse 3 nicht. Das wäre ein zu grosser Aufwand. Ganz überrascht sind wir von den gewaltigen Kosten. In der Botschaft sind total ca. 4.8 Mio. Franken für die Nutzfläche im 2. und 3. OG ausgewiesen. Die Nutzfläche beträgt - wie in den Plänen ausgewiesen - 970 m². Umgerechnet auf den m² ergibt dies Kosten von 4'900 Franken pro m² Fläche. Frankenmässig besteht dort ein Anteil Verkehrsfläche, Archiv und Nebenräume. Für 4'900 Franken erstellt man einen Neubau mit einer Grundausstattung für Büro. Darüber sind wir überrascht. Bei uns ist dieses Geschäft



nicht nur positiv aufgenommen worden. Die Kritik zum Preis würden wir dem Stadtrat gerne mitgeben, wenn er die Auftragsvergabe und die Ausführung erarbeitet. Man muss sich dieses Mal ernsthaft damit befassen. Unsere Fraktion kann dem Antrag nicht geschlossen zustimmen.

Fabio Mazzara: Ich möchte ein Lob an die Verwaltung aussprechen und dabei drei Punkte erwähnen. Einerseits finden wir von der Fraktion Pro Aarau/EVP/GLP, dass eine gute Botschaft ausgearbeitet wurde und die Anliegen des Einwohnerrates befolgt wurden. Wir wollten hauptsächlich, dass das Gebäude an der Heinerich Wirri-Strasse 3 zu einem Verwaltungsstandort wird und das wird gemäss der Botschaft so umgesetzt. Der zweite Punkt wurde bereits von Ulrich Fischer angesprochen. Zweimal wurde beim Haus vor Ort eine spontane und sehr unkomplizierte Führung angeboten. Leider wurde dieses Angebot nicht rege genutzt. Es wurde mir zugetragen, dass am Samstag lediglich eine Person des Einwohnerrates anwesend war. Für die Zeit, die sich dazu ein Vertreter der Verwaltung genommen hat, bedanke ich mich bestens. Im Weiteren bestand bei uns in Bezug auf den Kostenvoranschlag eine Unklarheit. Wir haben uns bei der Verwaltung erkundigt und es wurde uns zeitnah und sehr plausibel Auskunft erteilt. Wir empfanden dies als eine erspriessliche Zusammenarbeit. Zu den Unklarheiten möchte ich folgendes Detail erwähnen. Wir bekamen den Kostenvoranschlag im Vergleich von Juni und heute nachgereicht. Dort ist es zu relativ grossen Verschiebungen bei den Zahlen gekommen, welche wir nicht nachvollziehen konnten. Zum Beispiel enthält der Kostenvoranschlag für Fachplaner und Architekturleistungen neu Kosten von 645'000 Franken. Im Juni waren lediglich 387'000 eingestellt. Wir haben uns gefragt, woher diese relativ grosse Erhöhung kommt. Diese Frage konnte geklärt werden. Diese Zahlen wurden auf andere Positionen verteilt. Es ist aber ersichtlich, dass andere Positionen dafür tiefer ausfallen. Es wäre für die Zukunft vorteilhaft, wenn eine solche Änderung proaktiver kommuniziert würde, ansonsten ist ein seröser Nachvollzug nicht möglich. Der Vorschlag der SVP bezüglich Zuwarten hinsichtlich des Zukunftsraums wird von einem grossen Teil unserer Fraktion aus verschiedenen Gründen nicht unterstützt. Wir finden die bevorzugte Variante 3 eine gute Lösung. Auch Variante 1 wäre eine gute Lösung. Variante 3 ist eine gute Lösung mit und ohne Zukunftsraum. Variante 1 ist nur eine gute Lösung ohne Zukunftsraum. Weshalb also eine Variante umsetzen, die allfällige Probleme verursachen könnte, wenn sich schon eine Lösung anbietet, die ab sofort gut funktionieren würde? Wir besitzen an der Heinerich Wirri-Strasse nicht nur ein grosses Gebäude. Wir haben dort auch noch recht viel Land. Wir wissen nicht, welche Gedanken man sich zu diesem Landstück schon gemacht hat. Wir würden es spannend finden, wenn auch das Land bei der Planung miteinbezogen würde. Es wäre sich zu überlegen, was man darauf realisieren könnte. Es gäbe die Möglichkeit, Experimente mit naturnahen Flächen zu machen. Bestimmt gibt es in der Verwaltung kompetente Personen für eine Umsetzung. Eine Mehrheit unserer Fraktion wird dem Kreditantrag des Stadtrates zustimmen. Die Erhöhung des Kredites lehnen wir ab.

Lukas Häusermann, Mitglied: Es freut mich, dass über dieses Geschäft – über welches bereits im Juni 2019 beraten wurde – nochmals diskutiert werden kann. Ich denke, der damalige Rückweisungsantrag war richtig. Es steht nun fest, dass das Steueramt und die Kreisschule im zweiten Anlauf die Büros an der Heinerich Wirri-Strasse 3 beziehen. Mit dem IZAB, dem Stadtarchiv und den beiden vorerwähnten neuen Verwaltungseinheiten scheint nun die Liegenschaft ihre Bestimmung als Teil des Verwaltungsvermögens gefunden zu haben. Das ist vorteilhaft, denn als Renditeobjekt war das Gebäude bis anhin weniger erfolgreich. Ich weise gerne darauf hin, dass eine Rendite von 5 %, die damals dem Einwohnerrat vorschwebten, mittelfristig nicht realistisch ist. Dieser problematische Punkt gab auch in unserer Fraktion zu reden. Wir machten es uns aber einfacher als Christian Oehler und stellten die Berechnungen ein. Denn wenn man rechnet, wird man nicht



froh. Mit dem Auszug der Kreisschule im Hammer ergäbe es immerhin dort eine neue Option. Wir sind zuversichtlich, dass für diese Liegenschaft dort eine gute Alternative gefunden werden kann, um die entfallenden Mietzinse gut zu kompensieren. Die Zustimmung der CVP-Fraktion ist mit der Hoffnung verbunden, dass mit dem Ausbau die Zeit der Unsicherheit vorbei ist. Wir freuen uns, wenn die Stadt so bald wie möglich die Vollausslastung des Gebäudes an der Heinerich Wirri-Strasse 3 verkünden kann.

Thomas Grüter, Mitglied: Wie ich es bereits angedeutet habe, favorisieren wir den Vorschlag des Stadtrates, weil die Forderung des Einwohnerrates – nämlich eine prioritäre Nutzung des Gebäudes durch die Verwaltung – damit umgesetzt wird. Das Projekt kann mit einem finanziell vernünftigen Aufwand realisiert werden. Ein Grundausbau ist dringend nötig und allfällige Änderungen im Hinblick auf den Zukunftsraum können auch später noch bei Bedarf vorgenommen werden. Wir finden die Lösung mit einer kleinen Freifläche auch durchaus vertretbar. Wir erwarten aber von der Stadt eine möglichst unkomplizierte und unbürokratische zur Verfügungstellung der Freiflächen, damit diese auch sinnvoll genutzt werden können. Bei verschiedenen Angelegenheiten sind Beurteilungen schwierig, weil der Ausgang des Zukunftsraums noch offen ist. Aber wir befinden uns nun einmal in diesem Prozess und müssen den Zukunftsraum daher mitberücksichtigen. Wir finden, die Stadt hat diesem Sachverhalt beim vorliegenden Projekt in einer angemessenen Art und Weise Beachtung geschenkt.

Hans Peter Thür, Stadtrat: Ich äussere mich zuerst zum Abänderungsantrag der SVP. Wir haben interessante Berechnungen mit dem Kostenfaktor 11.1 bis 15.5 aufgezeigt erhalten, welche aus der Sicht der SVP deutlich für eine Einmietung der Sozialen Dienste sprechen. Bei der ganzen Berechnung wurde jedoch eine wichtige Position nicht berücksichtigt. In der FGPK wurde nachhaltig darauf hingewiesen, dass wir über eine Million Franken vernichten, wenn die Sozialen Dienste heute die Räumlichkeiten im Postgebäude verlassen, denn für die Einmietung dieser Abteilung wurde dort vor ein paar Jahren mehr als ein Millionenbetrag aufgewendet. Die Investitionen, die heute aus Sicherheitsgründen an der Heinerich Wirri-Strasse 3 geleistet werden müssten, wurden bereits im Postgebäude realisiert. Wenn wir diese Räumlichkeiten vorzeitig verlassen, vernichten wir diese Investition. Wenn diese Investition zum neu beantragten Investitionsbeitrag zugerechnet wird, ergibt sich eine ganz andere Rechnung. Es ist auch zu berücksichtigen, dass über die Standorte im Zusammenhang mit dem Zukunftsraum noch verhandelt werden muss. Wir leisten nun auf Seiten von Aarau Grossinvestitionen mit der Erwartung, dass im Anschluss daran die Zukunftsgemeinden einknicken, weil wir diese Investitionen bereits getätigt haben. Bei der Fusionsanalyse geht es auch um Standorte. Die Gemeinden, welche die Analysen vornehmen, tun dies im Wissen, was hergegeben werden muss und was im Gegenzug zurückkommt. Ansonsten wäre es absurd, wenn wir im Nachhinein bestimmen, dass noch neue Gesichtspunkte zu berücksichtigen sind. Dann machen wir uns als Zukunftsraumgemeinde nicht sehr glaubwürdig. Der Antrag ist aus sachlichen und finanziellen Gründen und auch aus Sicht der Zukunftsraumgemeinden – welche sich in einem Deal für die Standorte ausgesprochen haben und ihre Entscheide auf diesen Überlegungen basieren – nicht richtig. Ich bitte Sie deshalb, den Antrag der SVP abzulehnen. Zur von Christian Oehler angesprochenen Immobilienstrategie ist zu sagen, dass der Stadtrat am 15. Mai 2017 eine Immobilienstrategie festgelegt hat und neue Beurteilungen basieren auf dieser Immobilienstrategie. Sie muss nicht neu erfunden werden. Auf der Basis dieser Immobilienstrategie halten wir heute fest, dass wir dieses Gebäude in einen Verwaltungsstandort umnutzen und nicht mehr als Verwaltungsstandort fremdvermieten wollen. Die Immobilienstrategie bezieht sich nicht nur auf dieses Gebäude. Wir entwerfen nicht für jedes Gebäude neu eine Immobilienstrategie,



sondern diese gilt für alle Liegenschaften der Stadt. Wenn wir in der Objektstrategie neu bestimmen: sanieren und halten, dann machen wir auch in der Botschaft die Aussage, dass das Gebäude für die nächsten 10 bis 15 Jahre hergerichtet werden soll. Beim Kauf der Liegenschaft wurde die Möglichkeit in Betracht gezogen, dass dort ev. dereinst etwas Grösseres entstehen kann. Es wurde damit eine Landreserve gesichert, welche auch in Zukunft entsprechende Möglichkeiten bietet. Diesen Entscheid müssen wir heute noch nicht fällen. Wir bestimmen nur, dass wir das Gebäude für die nächsten 10 bis 15 Jahre intakt machen. Daher wurde im Innern auch keine energetische Sanierung vorgesehen. Es wird lediglich das Nötigste vorgekehrt. Die uns vorgerechneten 4'900 Franken Sanierungskosten pro m² können wir so nicht nachvollziehen. Wir gelangen bei dieser Berechnung auf eine andere Zahl. Unsere Berechnung beläuft sich auf 1'000 Franken pro m² für die zusätzlichen Investitionen. Es wird mit merkwürdigen Zahlen operiert. Heute ist nicht der richtige Zeitpunkt darüber nachzudenken, dass auf dem Areal eine grössere Überbauung realisiert werden könnte. Der Standort für die Verwaltung gilt für die nächsten 15 bis 20 Jahre. In diesen Jahren muss ev. noch mehr investiert werden, denn wir wissen nicht, welche Forderungen der Zukunftsraum noch an uns stellt. Aber wir haben eine Landreserve, die eine solche Umsetzung ermöglichen würde. Darum bin ich der Meinung, dass es sich um eine sehr konservative, vorsichtige Investition handelt, die dazu dient, das Gebäude für die nächsten Jahre attraktiv zu machen.

Matthias Keller, Präsident: Wir kommen zu den

Abstimmungen

Wir stimmen zuerst über den

Änderungsantrag der SVP

ab.

Beschluss

Der Änderungsantrag der SVP wird mit 10 Ja-Stimmen gegen 37 Nein-Stimmen abgelehnt.

Es erfolgt die

Schlussabstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 38 Ja-Stimmen gegen 7 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen folgenden

Beschluss

Der Zusatzkredit in der Höhe von brutto 2'505'000 Franken zur Vollendung der Sanierung der Mehrmieterfähigkeit, des Grundausbaus, sowie des Nutzerausbaus der Liegenschaft Heinerich Wirri-Strasse 3 wird genehmigt.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.



Damit sind wir am Schluss der heutigen Sitzung angelangt. Ich erlaube mir nun noch einen kurzen Rückblick auf meine Präsidialzeit. Dafür habe ich eine kurze Zielkontrolle erstellt. In einem Interview mit der AZ vor zwei Jahren habe ich ausgesagt, dass ich das Geschäftsreglement erneuern oder überarbeiten möchte. Diesbezüglich wurde mehr im Hintergrund gearbeitet, als an Paragraphenänderungen. Das wird sich aber mit dem Zukunftsraum mit der neuen Gemeindeordnung und einem neuen Geschäftsreglement in ein paar Jahren von selbst erledigen. Für mich persönlich wurde daher das Ziel nicht erreicht, aber es wird in die richtige Richtung gehen. Ein weiteres Ziel bestand darin, die Sitzungen mit Klarheit zu führen. Ich glaube ich darf sagen, dass ich dieses Vorhaben erreicht habe. Darauf bin ich stolz. Ich denke dabei an die BNO-Sitzung und diejenige über das Stadion, welche sehr viel Medienrummel generierten. Ich bin auch mit unserer Entwicklung als Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte zufrieden. Eines meiner Ziele war, unsere Diskussionskultur zu verbessern. Dass mehr miteinander gesprochen wird und man mehr aufeinander eingeht und weniger nur die Voten vorgelesen werden. Das konnte ich zwar alleine nicht gross beeinflussen, aber dieser Wunsch ist eingetroffen. Ich war – trotz engem Terminkalender und verschiedenen Anspruchsgruppen – auch bei einigen Veranstaltungen präsent, weshalb dieses Ziel auch als erreicht bezeichnet werden kann. Dass ich meine gesteckten Ziele mehrheitlich erreicht habe, liegt aber nicht nur an mir, sondern auch an Ihnen. Dafür möchte ich mich herzlich bedanken. Meinen Dank richte ich auch an Robert Uhlmann, welcher immer den Sitzungsraum wartet und immer diskret im Hintergrund arbeitet. Er ist jeden Abend anwesend und man sieht ihn nie. Das ist ein Applaus wert. Im Weiteren möchte ich Stefan Berner und dem Kanzleiteam danken für die gute Unterstützung, sei es im Vorfeld der Sitzung oder beim Einflüstern von Vorschriften. Ohne diese Unterstützung könnten wir nicht funktionieren. Grundsätzlich wären wir ziemlich schlaglos, wenn wir die Verwaltung nicht hätten. Auch dem Stadtrat möchte ich – auch wenn er oftmals ins Kreuzfeuer genommen wird oder sich oftmals rechtfertigen muss – meinen Dank aussprechen, denn er leistet extrem viel und arbeitet mit grosser Leidenschaft zugunsten unserer Stadt, was nicht selbstverständlich ist. Ich danke auch dem Einwohnerrat. Es ist eine Arbeit, die nicht lediglich mit 80 Franken Sitzungsgeld vergütet werden kann. Es ist ein Einsatz für eine Gesellschaft, die in keiner Form einfach abgegolten werden kann. Auf der anderen Seite darf man es auch ein wenig als gemeinsames Hobby bezeichnen, wie es Salomé Ruckstuhl vorhin ausgedrückt hat, welches man sich auch ein wenig leisten muss. Es handelt sich dabei aber um mindestens 2 Abende pro Monat, die für aufwendiges Einlesen und Gedanken machen sowie für die Kontaktpflege mit den Menschen aufgewendet werden. Ich danke auch den Medien, die mit dem Medienbericht und konstruktiven Beiträgen auch eine grosse Rolle spielen und die Diskussionen anregen. Ganz besonders danke ich der Stadt Aarau. Aarau ist eine so coole Stadt. Ich habe grosse Freude an meinem Daheim. Ich habe hier Menschen, die ich gerne habe. Das kann man nur zusammen erleben. Ich schaue noch kurz in die Zukunft. Ich wünsche dir, Thomas, viel Spass mit dem neuen Job als Einwohnerratspräsident. Ich wünsche den Einwohnerrätinnen und Einwohnerräten, dass wir unserer Rolle als öffentliche Personen gerecht werden und wir uns nicht nur für uns selber, sondern für alle Menschen, die am Maienzug links und rechts der Strasse stehen und den Kindern zujubeln und zuwinken, einsetzen. Es zeigt mir jedes Mal, für wen wir diese Arbeit ausführen. Es ist für die Menschen dieser Stadt. Ich mache uns Mut, mehr miteinander und weniger übereinander zu reden und wir in die glorreiche Zukunft aufbrechen, die vor uns steht. Beim Beginn meiner Politikkarriere habe ich festgestellt, dass alles was wir heute sehen und was besteht von jemandem angepackt wurde und es existiert nicht, weil es schon immer so war. Darum sollten wir den Mut aufbringen, auch grosse Projekte anzugehen und ein Leuchtturm für unsere Stadt zu sein. Ich freue mich auf einen neuen Lebensabschnitt mit Kind. Wie bereits erwähnt, bin ich Vater geworden und



meine Zeit erfordert dort vermehrten Einsatz. Ich freue mich auf die freiwerdende Zeit, wenn die Sitzungsvorbereitungen wegfallen. Ich danke für Ihr Vertrauen und dass wir diesen Weg gemeinsam gehen konnten.

Christoph Waldmeier, Mitglied: Ich bitte Matthias, kurz nach vorne zu kommen. Du hast die Sitzungen sehr gut geführt, die Traktanden sauber vorgetragen, keine Salamtaktik geführt, sondern du bist immer gradlinig geblieben – doch mit wenig Salami. Du machtest immer würzige Sprüche mit etwas Pfeffer. Deshalb schenken wir dir eine Pfeffermühle. Aus welchem Holz sie geschaffen ist, musst du als "Hölzerner" selbst herausfinden. Die EVP ist eine hölzerne Partei. Wir kommen beide aus dem Holzbereich. Nebst aller Perfektion, die du gelebt hast, gab es ab und zu Probleme mit der Namensnennung. Das wird sich vielleicht mit einem guten Tropfen bessern.

Thomas Richner, Vize-Präsident: Ich möchte auch noch kurz das Wort ergreifen. Matthias hat nun allen ausgiebig gedankt. Wir wollen aber auch Matthias herzlich danken. Er wurde als jüngster Präsident vor knapp zwei Jahren in den Einwohnerrat gewählt. Er hat das Amt mit viel jugendlicher Frische und Unkompliziertheit ausgeübt. Bei seiner Antrittsrede am 22. Januar 2018 erwähnte er, dass er sich eine effiziente Ratsführung zur Aufgabe gemacht hat. Ich meine, dass ihm dieses Vorhaben sehr gut gelungen ist. Es ist ihm gelungen, die Sitzungen kurz und knackig zu halten, mindestens in dem Teil, der von hier oben beeinflussbar war. Auch die Einführung und Benützung der Abstimmungsanlage, welche während seiner Amtszeit eingeführt wurde, hat zur Effizienz beigetragen. Jetzt ist die Wiederholung einer Abstimmung bei Unklarheiten viel einfacher. Ich möchte Matthias ganz einfach danken. Speziell froh war ich immer, wenn ich Matthias kurz vor Sitzungsbeginn im Saal erspäht habe. Dann habe ich gewusst, dass er die Sitzung mit einem gut vorbereiteten Drehbuch startet, und ich nichts improvisieren muss. Dafür möchte ich ihm gerne ein kleines Geschenk überreichen. Ab nächstem Jahr nimmt er an den Sitzungen wieder als Einwohnerrat teil. Dadurch hat er bestimmt ein wenig mehr Freizeit, welche er mit seiner Frau Deborah und seiner kleinen Tochter geniessen kann. Weil Weihnachten vor der Tür steht, habe ich auch noch ein Geschenk für das Töchterchen.

Matthias Keller, Präsident: Wir sind nun am Ende unserer Sitzung angelangt. Ich darf Ihnen aber noch zwei Ankündigungen machen. Zuerst folgt eine Uraufführung des Aarauer Marsches. Dazu wird Peter Roschi ein paar Informationen abgeben. Im Anschluss verschieben wir uns an die Bahnhofstrasse 30 in die Minoritätsgemeinde. Dort werden wir vom Restaurant Schützen verköstigt. Wir werden uns dort unterhalten und uns besser kennen lernen.

Peter Roschi, Mitglied: Bald ist Weihnachten und alle bekommen Geschenke. Ich bin der Meinung, dass die Stadt Aarau auch ein Geschenk verdient hat. Ich habe mir überlegt, was Aarau noch fehlt. Als Stadtmusikant habe ich immer gerne den Marsch Bellinzona gespielt. Mir ist aufgefallen, dass Aarau noch keinen eigenen Marsch besitzt. Das hat mich bewogen zu veranlassen, dass Aarau im Jahr 2019 auch einen eigenen Marsch erhält. Dieser wurde von einem Militärmusiker komponiert, welcher im Kompetenzzentrum der Militärmusik in Aarau ausgebildet wurde, im Trio mit der Melodie des Stadtsongs von Lehrer Ernst Buchinger, welcher an der Bezirksschule Aarau unterrichtet. Selbstverständlich verlegt von einem Aarauer Verlag, welcher seit Jahrzehnten in Aarau ansässig ist. Die Uraufführung erfolgt durch die Stadtmusik Aarau. Ich habe mir erlaubt – da ich den Verlag sehr gut kenne – diesen Marsch Hanspeter Hilfiker, unserem Stadtpräsidenten, zu widmen. Er erhält eine Partitur und auch ein Bild, auf welchem die erste Seite des Marsches



abgebildet ist, welcher von Jan Imhof komponiert wurde. Man darf den Marsch auch zwei Personen widmen. Als zweite Person habe ich meinen Banknachbarn von der FDP, Rainer Lüscher, ausgewählt. Vermerkt ist somit: Gewidmet: Dr. Hanspeter Hilfiker und Rainer Lüscher. Ich freue mich darauf, den Marsch im Anschluss an diese Sitzung erstmals zu hören.

Schluss der Sitzung: 20.35 Uhr

EINWOHNERRAT AARAU

Der Präsident:
Matthias Keller

Der Protokollführer:
Stefan Berner